

Danziger Volksstimme

Die „Danziger Volksstimme“ erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Bezugspreise: In Danzig bei freier Zustellung zu Haus monatlich 6.— Mk., vierteljährlich 18.— Mk.
Redaktion: Am Spandhaus 6 — Telefon 720.

Organ für die werktätige Bevölkerung
der Freien Stadt Danzig
Publikationsorgan der Freien Gewerkschaften

Anzeigenpreis: Die 6-spaltige Zeile 1,50 Mk. von auswärts 2.— Mk. Arbeitsmarkt u. Wohnungsangelegenheiten nach bel. Tarif, die 3-spaltige Reklamezeile 6.— Mk. von auswärts 8.— Mk. Bei Wiederholung Rabatt. Annahme bis früh 9 Uhr. — Postfachkonto Danzig 2945. Expedition: Am Spandhaus 6. — Telefon 3290.

Nr. 190

Mittwoch, den 17. August 1921

12. Jahrgang

Deutsche Ausgleichzulagen für die Teuerung.

Gestern vormittag fand eine Besprechung der Parteiführer mit dem Reichsminister statt, an der sämtliche Fraktionen außer den Deutschnationalen und Kommunisten teilnahmen. In dieser Besprechung wurde die allgemeine innen- und außenpolitische Lage erörtert. Unter den zur Debatte stehenden Tagesfragen nahm die obereschlesische Frage und namentlich die großen Steuerfragen einen besonders breiten Raum ein. Dem „Vorwärts“ zufolge sei man darüber einig gewesen, daß für die augenblickliche Teuerung ein Ausgleich durch sofortige Teuerungszuschüsse für die Beamten und Arbeiter geschaffen werden müsse.

Ueber den Zusammentritt des Reichstages ist zwischen der Reichsregierung und dem Reichstagspräsidenten vereinbart worden, an dem 6. September, dem ursprünglich in Aussicht genommenen Termin, festzuhalten. Für den Fall, daß die Steuervorlagen am 6. September noch nicht dem Reichstag vorliegen, sollen Teuerungszulagen für Beamte und Staatsangestellte besprochen werden.

Die von einer Kommission formulierten Forderungen, die die Beamenschaft der Regierung in der Teuerungsfrage vorzulegen gedenkt, und die u. a. die Gewährung eines gleichen laufenden Teuerungszuschlages von 5000 Mark für alle Beamten verlangen, wurde von dem Bundesauschuß des Deutschen Beamtenbundes angenommen.

Der Bundesauschuß des Deutschen Beamtenbundes beschloß ferner einstimmig die Notwendigkeit eines Zusammengehens des Deutschen Beamtenbundes mit der Angestellten- und Arbeiterschaft in allen aus dem allgemeinen Arbeitnehmerbedürfnis sich ergebenden gemeinsamen Fragen. Der Beamtenbund sei nach wie vor zum Abschluß von Abmachungen mit den fraglichen Spitzenorganisationen bereit. Der Bundesauschuß könne aber in einer schriftlichen Vereinbarung mit dem Allgemeinen deutschen Gewerkschaftsbund eine ausreichende Garantie für die Wahrung der Beamteninteressen nicht erblicken, solange die ihm angeschlossenen Verbände sich ihrerseits nicht ebenfalls formell dazu bekannt haben.

Das deutsche Oberschlesien.

London, 16. Aug. (W. T. B.) Lloyd George kam heute im Unterhaus auf die letzte Tagung des Obersten Rates zu sprechen und erklärte, es habe große Genugtuung hervorgerufen, daß gegen Ende der Zusammenkunft eine Entschliebung gefaßt worden sei, nach der die Alliierten nicht nur fortwährende, sondern gefestigtere Schritte denn je.

Zur obereschlesischen Frage betonte er, sie sei durch Beteiligung anderer Elemente verwickelt gemacht worden, die sich zu einem recht bedrohlichen Problem gestaltet hätten. Welche Kreise in Frankreich glaubten, daß die Wegnahme der Kohlen- und Eisenerze von Deutschland für die Sicherheit Frankreichs wesentlich sei. Er halte dies für einen Irrtum. Schlesien sei keine polnische Provinz; vier Fünftel der Bevölkerung seien deutsch mit einer recht beträchtlichen polnischen Beimischung nach der Grenze hin. Die Auseinandersetzung habe sich um das bedeutende Industriedreieck gedreht. Dort handelt es sich in Wirklichkeit um eine deutsche Mehrheit. Die industrielle Entwicklung, das Kapital und die Bevölkerung seien deutsch, so daß nach den Prinzipien „ein Mann, eine Stimme“ das Gebiet den Deutschen zufallen müßte.

Neue Anariffe der Polen.

Rosenberg, 16. Aug. (W. T. B.) In der Nacht zum Montag kam es bei den Dörfern Sterlich und Kosterlich an der Grenze zu einem Gefecht mit regulären polnischen Truppen, denen es gelang, durch eine umfassende Bewegung die beiden Dörfer zu nehmen. Rasch herbeigezogenen deutschen Kräften gelang es, die Polen über die Grenze zu treiben. Die Polen hatten 24 Tote und eine Anzahl Verwundete.

Deuthen, 16. Aug. (W. T. B.) Auf Grund verschiedener Vorfälle waren Anzeichen vorhanden, daß ein örtliches Vorkommnis polnischer ehemaliger Insurgenten für die Nacht zum Mittwoch stattfinden sollte. Die Engländer haben aus diesem Grunde besondere Vorkehrungen getroffen und besetzt

ten die Außenkreise der Stadt, um polnische Angriffe sofort zunichte zu machen.

Republik Baranga?

Laibach, 16. Aug. Juto meldet aus Belgrad vom 15. 8.: Am Sonntag fand in Fünfkirchen eine Volksversammlung statt, an der etwa 25000 Personen teilnahmen. Es wurde einstimmig beschlossen, daß, falls die Ungarn nach Fünfkirchen kämen, die Bevölkerung sich mit der Waffe auflehnen und eine serbisch-ungarische Republik proklamieren würden. Die jugoslawische Regierung hat vorläufig noch keine Instruktionen nach Fünfkirchen gesandt. Die für den Fall der Befreiung der Baranga durch Ungarn ausgerufenen Republik soll bis zur endgültigen Vereiniung mit Jugoslawien bestehen bleiben. — In Belgrad trafen Vertreter des Fünfkirchener Volksgauschusses ein und ersuchten die jugoslawische Regierung den neuen Staat anzuerkennen. Die Regierung kann die Grundlagen des Friedens von Trianon nicht verlassen, wird aber bei der Entente energische Schritte unternehmen, um die ansässige Bevölkerung vor dem ungarischen Terror zu schützen.

Staj, 16. Aug. Der „Tagespost“ wird aus Belgrad berichtet, daß die Proklamation der Republik Baranga auch dem Führer der Ententekommission bekanntgegeben wurde. Die Arbeiterschaft in den Fünfkirchener Bergwerken ist entschlossen, die Bergwerke für den Fall, daß der Bezirk unter ungarische Herrschaft kommen sollte, zu vernichten. In Belgrad wird in den nächsten Tagen der frühere Ministerpräsident Karolji erwartet, der die Bewegung im Bezirk Baranga unterstützt.

Nach in Laibach vorliegenden Nachrichten soll die Arbeiterschaft Fünfkirchens die Republik proklamiert und Michael Karolji zum Präsidenten ausgerufen haben.

Auffeherregende Verhaftungen in Warschau.

Die Verhaftung zweier höherer Beamten der sogen. „Defensiv“ der politisch-militärischen Geheimpolizei, Swolkin und Szarski, hat hier großes Aufsehen erregt. Die näheren Umstände sind noch nicht aufgeklärt und bieten Anlaß zu allerhand Sensationsgerüchten. Der „Przegląd Wiegerny“ behauptet, daß die Ursache der Verhaftung mit dem mißglückten Versuche eines Staatsstreiches vom Januar 1919 zu vergleichen sei. Damals sollte das gesamte Kabinett Moraczewski von rechtsstehenden Persönlichkeiten, unter Teilnahme des späteren Außenministers Sopleha dingfest gemacht werden. Wie der „Kurjer Poranny“ erfährt, habe sich die neue Verschwörung gegen ein Mitglied der Regierung, den Verweiser eines der wichtigsten Ressorts, gerichtet. Die rechtsstehende „Gazeta Warszawska“ äußert dagegen Zweifel an dem Ernst des ganzen Vorfalls, vermutet vielmehr, daß eine Stimmungsmache und Verschwörungsschere seitens der Bilubski-Kreise dahinter stecke. Jedenfalls sind Swolkin und Szarski nach wie vor inhaftiert. Vor einigen Tagen war die „Defensiv“ auf Grund eines Ministerrats-Beschlusses aus dem Ressort des Kriegsministeriums in das des Innenministeriums übergeführt und der Leitung der staatlichen Polizei unterstellt worden.

Ausbreitung des Streiks in Bremen.

Der Verband bremischer Beamtenvereine und die „Asa“ haben sich auf die Seite der streikenden Staatsarbeiter gestellt, indem sie die Beamten aufforderten, jegliche Streitarbeit unbedingt abzulehnen. In den Streik der Staatsarbeiter wurde auch das technische Personal der vereinigten städtischen Theater hineingezogen. Der Straßenbahnverkehr wurde im gewöhnlichen Umfang aufgenommen, da er als lebenswichtiger Betrieb anerkannt ist. Die Staatsarbeiter beim Hafenausbauamt in Bremerhaven haben sich mit den Bremer Kollegen solidarisierend erklärt und auf einstimmigen Beschluß die Arbeit niedergelegt. Die Arbeiterschaft der Aktiengesellschaft „Weser“ hat in einer Betriebsversammlung trotz der Mahnung der Direktion beschlossen ebenfalls in den Streik zu treten. Die Direktion hat daraufhin beschlossen, die Arbeiterschaft fristlos zu entlassen.

Der Freiheitskampf der Iren.

Dublin, 16. Aug. (W. T. B.) Das irische Parlament wurde heute vormittag unter gewaltigen Kundgebungen der dichtgedrängten Volksmassen eröffnet. Den irischen Führern wurden befehlerte Huldigungen dargebracht. Devalera führte in seiner Rede aus: Nur auf der Grundlage der Anerkennung der Republik könne die Regierung mit einer auswärtigen Macht verhandeln. Wir stehen fest bei diesem Grundsatz, erklärte Devalera, und sind bereit, für ihn zu sterben, falls es nötig ist.

Die Verteilung der Eisenbahnen.

Die gestern veröffentlichte Entscheidung des Oberkommissars über die Zuteilung der im Freistaat befindlichen Eisenbahnanlagen ist für den Freistaat noch mehr als eine Richtung von außerordentlich weittragender Bedeutung. Die Eisenbahn ist der Lebensnerv des modernen Staates. Man wird demgegenüber nicht behaupten können, daß die vom Oberkommissar getroffene Entscheidung die erforderliche Rücksichtnahme auf die Lebensnotwendigkeiten des Freistaats erkennen läßt. Sind doch dem Freistaat nur die Straßenbahnen und Schmalspurbahnen zuerkannt, die für den Staat selbst um so weniger Bedeutung haben, als sie sich im Privatbesitz befinden. Alle Hauptstrecken sind dagegen dem Hafenauschuß und im überwiegenden Maße Polen zugeteilt worden.

Der Hafenauschuß soll nach der getroffenen Entscheidung die Bahnen, die vom Rangierbahnhof Legee Tor nach dem Hafen führen, erhalten. Die Verwaltung dieser Strecken soll jedoch ebenfalls Polen übertragen werden, nur soll der Hafenauschuß das Recht haben, seine Interessen durch drei Beamten bei der polnischen Eisenbahndirektion zu vertreten.

Sämtliche anderen Vollspurbahnen auf dem Gebiete der Freien Stadt Danzig, d. h. die Strecken Olivaer Tor—Joppot—Landesgrenze, Legee Tor—Prauß—Hohenstein—Landesgrenze, Simonsdorf—Liegenhof, Lieflau—Kalthof, Hohenstein—Sobbowitz, Prauß—Loppin, Langfuhr—Klein-Kelpin werden polnisches Eigentum und unter die Verwaltung und Ueberwachung Polens gestellt. Selbst die Vorortstrecken nach Prauß und Joppot gehen damit in das Eigentum und die Verwaltung Polens über. Ueber die Zugehörigkeit des Hauptbahnhofes ist in der Entscheidung des Oberkommissars nichts gesagt. Das Gebäude und die übrigen Bahnhofsanlagen liegen im Gebiet, das dem Hafenauschuß zuerkannt worden ist und wäre daraus zu folgern, daß der Bahnhof Eigentum des Hafenausschusses wird, aber wie alle andern diesem zuerkannten Eisenbahnanlagen der polnischen Verwaltung unterstellt sind.

Ueber die Betriebswerkstätten fehlt in der Entscheidung Haltendes ebenfalls jede besondere Bestimmung. Für die am Olivaer und Legee Tor befindlichen Anlagen ist insofern ein Anhalt gegeben, als sie sich ebenfalls innerhalb des dem Hafenauschuß zugesprochenen Gebietes befinden. Die Bestimmung der Eisenbahnhauptwerkstätte ist in der haltingischen Entscheidung jedoch vollkommen unberücksichtigt geblieben. Es bleibt die Vermutung offen, daß die Entscheidung hierüber vielleicht der interalliierten Verteilungskommission vorbehalten bleiben soll.

Die haltingische Entscheidung läßt leider befürchten, daß sie neben der Hintenanstellung der besonderen Danziger Interessen, auch die Quelle mannigfacher Differenzen in der Verwaltung und zur Erleichterung des Verkehrs ist. Es sei nur auf die Personalfrage und auf die Währungsfrage hingewiesen. Die rein theoretische Beurteilung scheint bei der Entscheidung zu stark in dem Vordergrund zu stehen. Für Danzig wird ernstlich die Frage zu erwägen sein, ob es angesichts des in der Entscheidung liegenden Unrechtes notwendig ist, von dem Recht der Berufung an den Völkerbundrat Gebrauch zu machen.

Die polnisch-litauische Konferenz soll nach einer Meldung aus Genf am 25. August in Genf stattfinden.

Belgrad, 16. Aug. (W. T. B.) König Peter von Serbien ist heute nachmittag gestorben.

Neue Niederlage der Moskauer in Hamburg. Die Delegiertenwahlen zur Werftarbeiterkonferenz haben in Hamburg der Amsterdamer Richtung einen vollen Sieg gebracht. Diese entsetzt sechs Delegierte, während die Moskauer Richtung keinen Delegierten erhielt.

Generallstreik in Lille. In der Lille Textilindustrie ist der Generallstreik ausgebrochen. Der Generallstreikparole sind von 62 000 Arbeitern 45 000 gefolgt.

Der Bundesarzt Schäfer ist in Klabbruch ist gestern nacht im Alter von 73 Jahren gestorben.

Beilegung des Kasseler Eisenbahnstreiks. Zwischen der Eisenbahndirektion und Vertretern der Arbeiterorganisation und den Bezirksbetriebsräten fanden heute Verhandlungen statt, in denen man sich dahin einigte, daß die Arbeiter Mittwoch, den 17. August früh überall die Arbeit wieder aufnehmen.

Raubüberfall im Schnellzuge. Wie der „Matin“ meldet, wurden die Passagiere erster Klasse des Schnellzuges Wiesbaden-Paris gestern abend gegen 9 Uhr von zwei Räubern überfallen und ihrer gesamten Habe beraubt, die die Räuber zum Fenster hinauswarfen. Ohne ein Signal zu geben, sprangen die Räuber darauf vom Zuge. Es gelang, einen von ihnen, der sich beim Abspringen schwer verletzt hatte, zu ergreifen.

Amsterdam für Rußland.

Die furchtbare Notlage, in die Hungernot und Hunger aller Art das russische Volk gebracht haben, veranlaßt den Internationalen Gewerkschaftsbund (I. G. B.) (St. Amsterdam), die angestrebten Völkerverbindungen zu einer Konferenz nach Berlin einzuladen.

Die Konferenz fand am 18. und 14. August statt und war besetzt von den gewerkschaftlichen Landeszentralen von Deutschland, Frankreich, Holland, Belgien, Dänemark, Schweden, Schottland, Tschechoslowakei, Jugoslawien und Luxemburg. Aufständigt fehlten Vertreter von England, Österreich, Ungarn und Norwegen, deren Mandate zum Teil dem Bureau des Internationalen Gewerkschaftsbundes übertragen worden waren.

Gegenstand der Beratungen war die außerordentlich gefährdete Lage vieler Teile der Bevölkerung Rußlands, insbesondere der Arbeiter und Bauern und die Art, in welcher das internationale Proletariat, soweit es gewerkschaftlich organisiert ist, dem russischen Volk zu Hilfe kommen kann. Das letztere zu geschweigen habe, obwohl die von Amsterdamer Internationalen angeschlossenen Gewerkschaften seit längerer Zeit sich der erbittertesten Feindschaft der Moskauer Internationale und ihrer Freunde in den übrigen Ländern zu erfreuen haben, darüber bestand in der Konferenz überhaupt kein Zweifel. Die von Amsterdamer Internationalen angeschlossenen gewerkschaftlichen Landeszentralen sind vom ersten Eintreffen der Obdachlosen aus Rußland vollinhaltlich der Auffassung gewesen, daß dem russischen Volk nur rein menschliche wie aus Gründen der Solidarität geholfen werden müsse. Nur über die Form, in der dies zu geschehen habe, wie auch über das Maß der Hilfe selbst bestanden Meinungsverschiedenheiten, die verständlich sind, wenn man sich die Lage der europäischen Arbeiterschaft vergegenwärtigt.

Ueber die Dinge in Deutschland zu berichten, erübrigt sich, da sie allgemein bekannt sind. Aber auch in den meisten anderen Ländern ist die Lage der Arbeiter eine sehr prekäre. In Danemark und Schweden ist ein Drittel der gewerkschaftlich organisierten arbeitlos, ein weiteres Drittel leistet Kurzarbeit und die Beschäftigten haben außerordentlich hohe Beiträge zu entrichten. Die Lage in den übrigen Ländern ist derartig, daß der Gedanke, russische Kinder dort unterzubringen, kaum verwirklicht werden könnte. Aus Lettland sind an 30 000 Eisenbahnmagazins mit Maschinen nach Rußland weggeführt worden, von denen erst 100 Waggons zurückgebracht worden sind. Während des Krieges sind 700 000 Weibchen geschäftig, die nun nach und nach zurückkehren und dadurch das Meer der Arbeitslosen noch weiter vergrößern.

In Jugoslawien ist eine Reihe von Gewerkschaften, die sich der 3. Internationale angeschlossen hatten, nach dem Attentat auf den Prinzenregenten aufgelöst worden. Die Arbeiterparteien der Tschechoslowakei aller Nationalitäten haben beschlossen, daß jeder Arbeiter einen Stundenlohn in der Woche für das hungernde Rußland opfern soll.

Besonders zu erwähnen ist, daß aus den eingegangenen Korrespondenzen hervorgeht, daß die weitaus größte Menge der russischen Arbeiter und Bauern sowjetfeindlich, aber sozialistisch gesinnt ist.

Aus einem Schreiben des russischen roten Kreuzes geht hervor, daß Ueberföndung von Chinin, Aspirin, Salvarsan, Cardiazol, Novocain und Gegenständen für den Laboratoriumsbedarf besonders wichtig ist und daß das russische rote Kreuz die weitestgehende Unterstützung der russischen Regierung genießt. Es wird daher in erster Linie für die Ueberföndung dieser Medikamente Sorge getragen werden. Außerdem wird ein Sanitätsdienst mit Ärzten und Pflegepersonal abgehen.

Die Versorgung mit Lebensmitteln wird vor allem die Aufgabe Amerikas sein.

Folgende Entschlüsse wurden von der Konferenz des Internationalen Gewerkschaftsbundes angenommen:

Die Konferenz des Internationalen Gewerkschaftsbundes (St. Amsterdam), die am 18. und 14. August in Berlin über die Hungernot in Rußland beraten hat, erklärt ihr tiefstes Mitgefühl mit dem russischen und georgischen Volk, insbesondere mit der notleidenden Arbeiterschaft in beiden Ländern.

Die Konferenz nimmt Kenntnis von den spontanen Solidaritätskundgebungen und Aktionen, die die Arbeiterschaft der angeschlossenen Organisationen bereits in die Wege geleitet hat.

Sie beschließt, die schon im Gange befindlichen Sammlungen im Interesse ihrer sofortigen und wirksamen Verwendung zusammenzufassen, zu erweitern und zu generalisieren, und bestimmt zu diesem Zweck das folgende:

1. Das Bureau des Internationalen Gewerkschaftsbundes wird beauftragt, sofort einen Aufruf an das internationale Proletariat zu erlassen.
2. Die gewerkschaftlichen Landeszentralen aller Länder haben die Sammlungsbeträge der ihnen angeschlossenen Verbände und der sonstigen Organisationen, die sich an dem Hilfswerk beteiligen, zu generalisieren.
3. Die von den Landeszentralen generalisierten Beträge werden in Gemäßheit der Anweisungen des Bureau des Internationalen Gewerkschaftsbundes dem Sekretariat des Internationalen Gewerkschaftsbundes zur Verfügung gestellt.
4. Die vom Internationalen Gewerkschaftsbund zentralisierten Fonds sollen, soweit möglich, zur sanitären Hilfeleistung und zur Beschaffung von Lebensmitteln verwendet werden.
5. Eine erste Expedition wird sofort organisiert und unter Kontrolle des Internationalen Gewerkschaftsbundes nach Rußland entsandt.

Eine Summe von einer Million Mark wird sofort aus den Mitteln des Internationalen Gewerkschaftsbundes bereitgestellt. Die Landeszentralen werden ferner ersucht, Vorstöße zu diesem Zweck zu gewähren.

Mit dem roten Kreuz wird unter Wahrung der Unabhängigkeit der gewerkschaftlichen Aktion auf technischen und organisatorischem Gebiet Verbindung hergestellt, um die Transportfrage zu lösen.

Die Landeszentralen sind außerdem verpflichtet, auf ihre Regierungen den stärksten Druck auszuüben, um diese zur unverzüglichen Hilfeleistung für das russische Volk zu bewegen.

Zur Verwirklichung dieser Beschlüsse erläßt die Internationale Gewerkschaftskonferenz, daß die unternommene Aktion durch ihre rein menschlichen Ziele und angesichts der weltumfassenden Solidarität über allen politischen Meinungsverschiedenheiten steht. Sie ist ein proletarisches Werk, an dem die Arbeiter jeder Richtung teilzunehmen müssen — trotz der Schwierigkeiten und der schweren Lasten, welche auf die Arbeiterschaft aller Länder drücken.

Keine Einheitsfront der Arbeiter und Beamten gegenüber der Feuertauchung!

Am Freitag nachmittag traten die Spitzenorganisationen der Gewerkschaften in Berlin zu einer Beratung zusammen, um bezüglich der Lohnforderungen an die Reichsregierung eine Einheitsfront zu bilden. Die Besprechungen ergaben eine Einigung nur in der Art, daß die Lohnforderungen...

Zulagen zu den Kindergeldern in der jetzigen Form verschwinden müssen. In der Hauptsache aber, die die Änderungen der Grundbesitzer und Grundbesitzer betraf, konnte keine Einigung erzielt werden. Dem Deutschen Bauernbund wurden Forderungen gestellt, denen sich die Vertreter des DDB nicht gütlich machen zu können. Nach der Verurteilung durch eine andere Kommission eine Einigung zustande zu bringen, schickte, nachdem der Deutsche Bauernbund gegen die Vorschläge dieser Kommission Einspruch erhob. Somit ist die erstrebte Einheitsfront gescheitert und es werden die einzelnen Organisationen jetzt der Regierung ihre Forderungen einzeln unterbreiten.

Exzipsien für die Einigung?

Exzipsien, der Führer der U. S. P. veröffentlichte im Anschluß an seine Teilnahme an der Jahresfeier in Paris im „Republikaner“, dem sozialistischen Blatt von Mühlhausen im Elsaß, einen ganz vortrefflichen, stimmungsvollen Artikel „Deutschland und Frankreich“. Darin heißt es:

Die politische Bedeutung des 30. Juli 1921 liegt darin, daß sich in Paris französische und deutsche Sozialisten, offiziell, unter Jubelnder Zustimmung Laender und im beiderseitigen Einverständnis zur Festhaltung des Krieges und Friedenspolitik, in die Hände geloben, allen Mächten zum Trost für die französisch-deutsche Verständigung zu arbeiten. Die Erkenntnis, daß die Wiederherstellung nur das gemeinsame Werk der Proletarier aller beteiligten Länder sein kann, hat ihre Erweiterung gefunden in der Forderung unserer französischen Genossen nach einem brüderlichen Bündnis der Völker Frankreichs und Deutschlands. Wien-Amsterdam-Paris. Das sind die Kennzeichen der unabhängigen Politik revolutionärer Sozialisten gegenüber jenen Kennzeichen imperialistischer Ententepolitik. Versailles-Spa-London.

Sehr schön! Dann aber meint Exzipsien, unser französischer Genosse Jules Guesde habe seiner Freude darüber Ausdruck gegeben, daß die unabhängigen Sozialdemokraten in Deutschland sich um die Sammlung der Klassenbewußten Proletarier und um die Einheit der Sozialisten für die soziale Revolution bemühen. Exzipsien stimmt in seinem Artikel dem Genossen Guesde bei.

Das ist eine ganz neue Seite im Westen Christentums. Er hätte den Genossen Guesde darüber belehren müssen, daß dieser falsch informiert war. Denn bisher hat sich die U. S. P. nicht um die Sammlung, sondern um die Spaltung der Klassenbewußten Proletarier bemüht. Eine Reihe führender Genossen in der Partei der Unabhängigen denkt und handelt anders, aber just Exzipsien war bisher eifrig bemüht, die Einigung zu hintertreiben.

Die Einigung ist da, sobald die Unabhängigen wollen. Niemand will sie hindern, ihre Meinung so freimütig wie jetzt zu äußern; nur sollen sie sich verpflichten, die Wehrheitsbeschüsse, ob sie ihnen gefallen oder nicht, durchzuführen. Solange sie darauf nicht eingehen, schädigen sie das Proletariat auf das schwerste.

Valutosturz.

Die Verzögerung der Entscheidung über Oberschlesien und wohl auch die neuerlich gemeldete Erhöhung des Notenumlaufs der Reichsbank haben die Spekulanten auf dem Devisenmarkt, wie auch auf dem Markt für Industriewerte auf den Plan gerufen. Die Börsen zeigen ein Bild von kaum bisher beobachteter Nervosität. Die Spekulationsleidenschaft übertrumpft alles, was in der Vergangenheit gesehen worden ist. Die Inflationen werden zu Preisen gekauft, die mit Sicherheit Krachpreise sind. So behaft auch die ernsthaften Kreise vor diesen Kurstreibern warnen, die kapitalistischen Kreise sind nicht zu halten. Dazu kommt noch die andauernde Verschlechterung des Wertes der deutschen Mark und ihr starker Sturz an der New Yorker Börse. Am Sonntag war die Mark in New York auf 1,15 Cents gestürzt. Das entspricht einem Dollarpfennig von 86,21 Mark gegen etwa 4,40 Mark vor dem Kriege und 58 Mark vor zwei Monaten.

Solange wir mit der gleichen Härte vom Versailler Vertrag belastet bleiben, solange muß leider mit der Wiederkehr solcher gefährlichen Irrenhausstücken gerechnet werden.

Wohnungsnot und Unterbringung verletzter Beamter.

Die immer größer gewordene Wohnungsnot hat die Unterbringung verletzter Beamter und Militärpersonen immer schwieriger gestaltet, ja dann unendlich gemacht, wenn die Gemeinden es abgelehnt haben, dem Amtsnachfolger die Wohnung des Amtsvorgängers zu überlassen. Mit Rücksicht hierauf hat, wie den P. D. R. von zuständiger Stelle mitgeteilt wird, der preussische Minister für Volkswirtschaft mit Zustimmung des Reichsarbeitsministers auf Grund des Artikels 2 des Reichsgesetzes vom 11. Mai 1920 für den Anfang des preussischen Staates bestimmt, daß infolge von Verletzungen und Todesfällen von Reichs- und Staatsbeamten sowie von Militär- und Marinepersonen freierwerbende Wohnungen zunächst dem Amtsnachfolger anzubieten sind. Sogut sich die Wohnung für den Amtsnachfolger nicht, worüber die dem Beamten beziehungsweise dem Militär- oder Marineperson vorgelegte Bescheide im Streitfalle endgültig zu entscheiden hat, so ist der Amtsnachfolger berechtigt, entweder die freigewordene Wohnung zu verlangen, oder, falls nach der Erklärung der Gemeindebehörde die sofortige Zuweisung einer solchen Wohnung nicht möglich ist, die freigewordene Wohnung des Amtsvorgängers zum Tausch zu benutzen. Ein bezugsfähiger Tausch ist auf Verlangen der dem Beamten oder der Militär- oder Marineperson unmittelbar vorgelegten Bescheide zu genehmigen, und erforderlichenfalls ist die Zustimmung der in Frage kommenden Hauseigentümer von der Gemeindebehörde zu erlangen.

Im binnen drei Wochen nach dem tatsächlichen Freiwerden der Wohnung ein Amtsnachfolger von der dem Beamten bzw. der Militärperson vorgelegten Bescheide der Gemeindebehörde nicht bezeichnet, erhält die Gemeindebehörde das freie Verfügungsrecht über die freigewordene Wohnung. Kann ein verletzter Reichs- oder Staatsbeamter bzw. eine verletzter Militär- oder Marineperson die Wohnung des Amtsvorgängers benutzen nicht beziehen, weil dieser pensioniert oder aus dem Staatsdienst ausgeschieden ist und die betreffende Gemeinde bei der Zuteilung einer Wohnung die betreffenden geltenden Anordnungen über die bevorzugte Unterbringung von Beamten und Militärpersonen werden durch diese Anordnung nicht berührt.

Die zuständigen Kommunalaufsichtsbehörden werden auch ermächtigt, im Einzelfalle, falls dies erforderlich, zur Erreichung des angeführten Zwecks im Rahmen dieser Anordnung auch ergänzende Verfügungen zu treffen.

Der Bruch des Friedensvertrages.

Als die alliierten Staatsmänner überhaupt keinen Ausweg mehr gesehen haben, um die ober-schlesische Frage gemäß dem Friedensvertrage zu regeln, haben sie sich in der allerletzten Minute zu einem Kompromiß entschlossen, das nicht weniger als ein Bruch, oder zu mindest als eine einseitige Änderung des Friedensvertrages bedeutet. Die Ueberweisung der ganzen Angelegenheit an den Völkerbund entspricht nicht den Bestimmungen des Friedensvertrages, die sich auf Oberschlesien beziehen. Der Vertrag erklärt ausdrücklich in seinem III. Teil (VIII. Abschnitt, § 6 des Anlage), daß die Grenzlinie von den alliierten und assoziierten Hauptmächten festgelegt wird, erwähnt daher mit keinem Worte die Möglichkeit einer Ueberweisung der Entscheidung an den Völkerbund. Diefenigen Artikel des Friedensvertrages, auf die sich der Oberste Rat jetzt zur Begründung seiner unerwarteten Lösung beruft, nämlich die Artikel XI und XII des I. Teiles (Völkerbundvertrag, lauten folgendermaßen:

XI. Ausdrücklich wird hiermit festgestellt, daß jeder Krieg und jede Bedrohung mit Krieg, mag davon unmittelbar ein Bundesmitglied betroffen werden oder nicht, eine Angelegenheit des ganzen Bundes ist, und daß dieser die zum wirksamen Schutz des Völkerfriedens geeigneten Maßnahmen zu ergreifen hat. Trifft ein solcher Fall ein, so beruft der Generalsekretär unverzüglich auf Antrag jedes Bundesmitgliedes den Rat.

Es wird weiter festgestellt, daß jedes Bundesmitglied das Recht hat, in freundschaftlicher Weise die Aufmerksamkeit der Bundesversammlung oder des Rates auf jeden Umstand zu lenken, der von Einfluß auf die internationalen Beziehungen sein kann und daher den Frieden oder das gute Einvernehmen zwischen den Nationen, von dem der Frieden abhängt, zu stören droht.

XII. Alle Bundesgenossen kommen überein, eine etwa zwischen ihnen entstehende Streitfrage, die zu einem Bruche führen könnte, entweder der Schiedsgerichtsbarkeit oder der Prüfung durch den Rat zu unterbreiten. Sie kommen ferner überein, in keinem Fall vor dem Ablauf von drei Monaten nach dem Spruch der Schiedsrichter oder dem Berichte des Rates zum Kriege zu schreiten.

In allen in diesem Artikel vorgesehenen Fällen ist der Spruch der Schiedsrichter binnen angemessener Frist zu erlassen und der Bericht des Rates binnen sechs Monaten nach dem Tage zu erstatten, an dem er mit der Streitfrage befaßt worden ist.

Es ist wahrhaftig ein Witz der Weltgeschichte, daß die Mächte der Entente sich gezwungen sehen, um überhaupt eine Deutschland beruhende Frage unter sich lösen zu können, solche Artikel des Friedensvertrages in Anwendung zu bringen, die eine Kriegsfahrt zwischen Bundesmitgliedern betreffen!

Zugelt läßt sich die ganze juristische und politische Tragweite dieses Beschlusses noch nicht übersehen. Es ist jedenfalls klar, daß es sich dabei lediglich um eine Verlegenheitslösung äußerster Art handelt und es ist sogar möglich, daß die ganze Entente diesmal wirklich in die Brüche gegangen wäre, hätte man nicht diesen letzten Ausweg gefunden.

Wir Sozialdemokraten, die die Idee des Völkerbundes nach wie vor hochhalten und nur ihre Verzerrung durch den Versailler Vertrag auf das schärfste verurteilen und auf das heftigste bekämpfen, wir könnten an und für sich nichts dagegen haben, daß man eine solche schwere und komplizierte Frage dem Völkerbund überweise; aber nur einem wirklich unparteiischen Bund aller Völker und nicht jener Versailler Mißgeburt, deren erste Entscheidung darin bestand hat, das himmelschreiende Unrecht von Gupe und Malmeby zu sanktionieren. Die Genfer Tagung des Völkerbundes im vorigen Herbst hat sehr deutlich gezeigt, daß diese als Instrument der internationalen Gerechtigkeit gedachte Schöpfung Wilsons gegenwärtig noch stark unter französischem Einfluß steht. Also auch in dieser Beziehung ist es sehr fraglich, ob Deutschlands Wünsche in der ober-schlesischen Frage sich infolge des neuesten Beschlusses nicht sogar verschlechtert haben.

Der griechische Traum.

Die letzten Siege an der kleinasiatischen Front haben den Griechen den Kopf verdreht und Konstantin scheint in sich bereits den Nachfolger des letzten Paläologen zu erblicken. In der griechischen Presse wird vielfach die Forderung laut, den „unnützen“ Kampf innerhalb Kleinasiens baldmöglichst zu beenden und die Armeen gen Westen zu richten, zu dem Zweck, Konstantinopel, das alte Ziel der griechischen Megalomanen, einzunehmen. Dieses Ziel wird als die natürliche Folge der politischen Geschichte Griechenlands während der letzten Jahre und seiner Gesamtgeschichte hingestellt. In ihrem Bestreben werden die griechischen Imperialisten übrigens nicht nur von ihren kriegerischen Erfolgen, sondern auch von den Gerüchten bestärkt, das griechenfreundliche England trage sich jetzt mit dem Gedanken einer Wiederherstellung des byzantinischen Imperiums unter englischem Protektorat. Dieses Gerücht, welches mierzwürdigerweise auch von dem „Temps“ aufgegriffen wurde, wird durch die Erklärung Chamberlains im englischen Unterhause widerlegt, die Lage im nahen Orient bleibe nach wie vor Beratungsgegenstand des Obersten Militärkabinetts. Es kann füglich auch bezweifelt werden, ob die Griechen zu ihrem Vorhaben im letzten Schlachten fast zehntausend Mann an Toten und Vermundeten verloren haben. Zur „baldmöglichstigen Erledigung“ der kleinasiatischen Front gehören aber zwei. Und die Türken wollen nach den wiederholten Erklärungen Mustapha-Kemals, sich noch lange nicht als erledigt betrachten.

Kleine Nachrichten.

Das Ende der Außerordentlichen Gerichte. Der preussische Justizminister hat verfügt, daß das Außerordentliche Gericht in Halle a. d. S. am 15. August aufgehoben werde. Die übrigen seinerzeit eingeleiteten Außerordentlichen Gerichte waren bereits früher aufgehoben.

Klassenaustritt aus der Kirche in Oesterreich. Bei den letzten Wahlen in Oesterreich wurden von den katholischen Geistlichen der Reichsthal und die Anzahl in so ausgiebigem Maße zur politischen Vernehmung mißbraucht, daß die Entrüstung darüber immer stärkeren Wellen schlug. Neuerdings wird aus St. Pölten (Niederösterreich) gemeldet, daß innerhalb von nur wenigen Tagen 300 Personen aus der katholischen Kirche austraten sind. Auf diese Stadt trifft mithin nicht mehr zu, was einierts Zimmermann von ihr in seiner „Wandlung durch Oesterreich“ sagte: Sanct Pölten war's, das stille ruht im Schatten der Nischenswäuze, wo die Bäuche der Pfaffen reicher an Speck als die Köpfe der Laien an Größe.

Der Kampf gegen den Senat.

67. Vollziehung des Volkstages

Dienstag, den 16. August 1921.

Vizepräsident Dr. Boening eröffnete kurz nach 8 Uhr nachmittags die Sitzung und gab zunächst die Beurlaubung von zwei Abgeordneten bekannt. Sodann trat man in die Tagesordnung ein. Der einzige Punkt derselben war der Antrag unserer Partei: „Dem Senat ein Misstrauensvotum auszusprechen“. Zur Begründung dieses Antrages erhielt zunächst

Gewisse Lohn das Wort. Aus seinen trefflichen Ausführungen entnehmen wir folgendes: „Sobald bei Besprechung über die Regierungserklärung, die im vergangenen Jahre stattfand, haben wir durch unsere Redner zum Ausdruck bringen lassen, daß wir diesem Senat das Vertrauen nicht entgegenbringen können. Damals, weil der Senat auf Grund einer Verfassung gewählt wurde, die dem neuzeitlichen Geist in keiner Weise Rechnung trug, die angänglich war, in ihren Bestimmungen jeden Einfluß und jede Mitarbeit der Sozialdemokratie auszuschalten. Es ist noch nicht lange her da schrieb eines der führenden Blätter des Ostens, die „Schlesinger Allgemeine Zeitung“: „Es war einer der größten Fehler, den die alte preussische Regierung begangen hat, daß sie in ihrer ganzen vergangenen Geschichtsepochen die Sozialdemokratie von jeglicher Mitarbeit ausgeschlossen hat. Es war eine der größten Fehler, daß man die Sozialdemokratie als die Partei der vaterlandlosen Gesellen außerhalb jeder Gesellschaftsordnung gestellt hat.“ Ja, sie ging sogar soweit, zu behaupten, daß die Ausschaltung der Sozialdemokratie eines der Hauptmomente war, die zum wirtschaftlichen und militärischen Zusammenbruch des deutschen Volkes geführt haben. Diese Zeitung hat damals ohne weiteres erkannt, daß, wenn ein Volk regiert werden soll und man den vollen Anteil des Volkes, der Arbeiterklasse, kein Mitbestimmungsrecht einräumt, daß sehr gefährlich für die Politik eines großen Staates werden kann. Sie warnte eindringlichst davor, nicht wieder in den alten Fehler zu verfallen, denn wenn man das wirtschaftliche Elend, das nach dem Kriege in allen Ländern in Erscheinung trat, beheben wollte, so müsse man auf die Mitarbeit der Sozialdemokratie zurückgreifen. So schrieb ein bürgerliches Blatt, das den „Danziger Neuesten Nachrichten“ sehr nahe steht. Man mag hindrücken, wo man will, überall da, wo man bestrebt ist, die Not der arbeitenden Bevölkerung zu beseitigen, verschließt man sich nicht der Erkenntnis, daß dieses hohe Ziel nur erreicht werden kann, wenn die Bevorchreitungen der bestehenden Klassen beseitigt werden und die wirtschaftliche und politische Gleichberechtigung Platz greift. (Sehr gut, links.) Hier im Freistaat haben wir aber festgestellt, daß von der Schaffung der Verfassung bis zum unheimlichen Gewaltakt des 4. August d. J. ein bewußtes Ausschalten der Sozialdemokratie in die Erscheinung trat, daß hier oberster Grundsatz war: Ausspielung eines Volksteiles gegen den anderen! Dies war auch der Hauptgrund, weshalb man nicht zur Ruhe kam. Es war dies der Grund des augenblicklichen feindseligen Zustandes zwischen rechts und links, der zu den schmerzhaftesten wirtschaftlichen Erschütterungen in der Zukunft führen kann. Es ist schon öfter, namentlich aber vom Abgeordneten Neubauer (Z.) betont worden, daß sich die sozialdemokratische Fraktion von jeder Mitarbeit ausgeschlossen hätte. Es gehört schon

ein ungeheures Maß von Unverschämtheit

sozu, in dieser Weise die Wahrheit in der Öffentlichkeit zu beugen. Die Sozialdemokratie hat sehr oft die Hand zur Mitarbeit geboten. Die Grundrechte, die heute in Deutschland in der Verfassung verankert sind, hat man hier ausgeschaltet. Nachdem man uns gewalttätig vom Mutterlande losgerissen hatte, waren wir nicht imstande, unsere wirtschaftliche Lage aus eigener Kraft sicher zu stellen. Einestheils weil wir von einem Nachbarn umgeben, der uns nicht freundlich gesinnt ist, ist andererseits unsere industrielle Entwicklung durch die ungeklärten Rechtsverhältnisse gehindert. Wenn Schwierigkeiten zu beseitigen waren, die die Entwicklung des Freistaates angingen, dann hat stets die Sozialdemokratie den Senat zur Mitarbeit aufgerufen. Die bürgerlichen Parteien waren stets von allem unterrichtet, was im Freistaat vorging, die Opposition wurde bewußt ausgeschaltet. Nicht nur in den Ausschüssen, sondern auch im Plenum ist von unserer Seite auf die Gefahr aufmerksam gemacht worden, die daraus entstehen kann, wenn man diesen Weg weiter verfolgt. Die Mehrheit des Volkstages hat sich aber im Gefühl der Macht über die berechtigten Wünsche der Rinken hinweggesetzt. Die Linksparteien sind bei jeder Gelegenheit provoziert und zum härtesten Kampf herausgefordert worden. (bravo, links; Unruhe rechts.) Bei dieser Gelegenheit muß man auch an die Vorkommnisse der letzten Zeit erinnern, wo der Senat durch seine „Gesinnungsähnlichkeit“ Beamte, die ihre Tüchtigkeit bewiesen haben, die alt und grau im Dienste geworden waren, nur deshalb systematisch aus dem Verwaltungskörper entfernt hat, weil diese in Erkenntnis dessen, was sich in der augenblicklichen Weltgeschichte abspielt, den Weg zur Sozialdemokratie gefunden haben. Trotz dieser und noch vieler anderer Vorkommnisse kann die Sozialdemokratie mit Stolz das Verdienst für sich in Anspruch nehmen, trotz aller Provokationen — bisher das Wohl der Allgemeinheit über das Wohl der Partei gestellt zu haben. Wenn es sich um Konzeptionen für die Beschäftigten handelt, dann legt die Senatsmaschine eine außerordentliche Hitzigkeit an den Tag, handelt es sich aber darum, für die hungernden, beschloßenen Massen einen Ausweg herbeizuführen — dann stoppt die Senatsmaschine angeblich wegen Überlastung! Will man nun auf die Gesetzgebung der letzten Zeit eingehen, so ist z. B. bei der Beratung des Einkommensteuergesetzes eine Entschädigung angenommen worden, daß der Senat ersucht wird, durch zersetzende Verwaltungsmassnahmen Vorkehrungen zu treffen, daß eine gerechte und wirksame Erfassung aller wirklichen Einkommen erfolgt. Die folgenden Zahlen sollen beweisen, wie das Einkommensteuergesetz in Wirklichkeit gehandhabt wird. Nach der Aufstellung des Senats hat man im Freistaat 122 461 Steuerpflichtigen. Davon werden 114 674 mit einem Einkommen unter 6000 Mark zur Steuer herangezogen. Nach den Feststellungen des damaligen Stadtrats und Steuerdezernenten Hellwig, daß im neuen Steuerjahr der Arbeiter in der Stadt und auf dem Lande durchschnittlich mit einem Einkommen von 9000 bis 10 000 Mark zur Steuer herangezogen wird, bleiben immer noch 114 000 Steuerpflichtigen übrig, die nur mit einem Einkommen von 6000 Mark zur Steuer herangezogen werden. Aus welchen Kreisen setzen sich nun diese 114 000 Steuerpflichtigen zusammen? Da sind

welche mit einem Einkommen von 70 bis 80 000 Mark dabei, die nur 8 bis 5000 Mark Steuern. (Gibt, hört! links.)

Weiter kommt hinzu, daß man sich beharrlich weigert, ein Vermögensabgabengesetz, wie es in Deutschland schon lange besteht, im Freistaat einzuführen. Bei jeder Gelegenheit wird die Finanznot des Freistaates herbeigeholen. Wenn es sich aber darum handelt, im Einkommensteuergesetz der Steuerdrückbergerel einen Niegel vorzuschleifen, dann findet man immer Beweise, daß das Vermögensabgabengesetz für den Freistaat nicht eingeführt werden kann, weil kein kapitalfähiger Mensch daraufhin ein industrielles Unternehmen in Danzig einrichten würde. Doch dies ist ja alles nur Bluff! Ein Kapitalist würde weniger danach fragen, wie hoch die Steuern in Danzig sind, zumal die Nachbarländer dieselben Steuerföhe haben, sondern sich in erster Linie die Frage vorlegen, ob sich das Unternehmen rentiert. Der Senat kann auch erkennen, daß schnell arbeitslos, das beweist das Wohnungsabgabengesetz, das eine wesentliche Mehrbelastung für die arbeitende Bevölkerung mit sich bringt. In den Ausschüssen und ganz besonders im Plenum wollte unsere Partei verhindern, daß der kleine Mann schwer von diesem Gesetz getroffen wird, aber alle Warnungen sind in den Wind geschlagen worden.

Bei der großen Anfrage unserer Partei über die Brotpreiserhöhung ist von uns der Senat eindringlichst gewarnt worden, eine derartige einschneidende Maßnahme, die schwer die arbeitende Bevölkerung trifft, auf dem Wege der Verordnung vorzunehmen.

Eine Verordnung, die bereits fix und fertig war.

Am 12. Juli d. J. wurde über die Bewirtschaftung des Getreides beraten. Kein Senator hatte etwas davon erwähnt, in welcher Weise die Getreidebewirtschaftung vorgenommen werden sollte. Dann ging der Volkstag in die Ferien. Nach 4 Tagen ließ der Senat in allen Danziger Zeitungen die neuen Verordnungen veröffentlichten. Der Senats Gehl hatte seinerzeit den Senat ausdrücklich davor gewarnt, ohne den Volkstag zu befragen, einfach im Wege der Verordnung die Getreidebewirtschaftung vorzunehmen. An anderer Stelle ist schon erwähnt worden, daß durch die Getreidebewirtschaftung 50 Millionen Mark den Armen in den Schoß geworfen werden, die weder während des Krieges, noch in der Nachkriegszeit und bis auf den heutigen Tag noch keine Not gekannt haben. Auf der anderen Seite gibt es hier Tausende von Proletarierfrauen, die bitter gehungert haben, die heute nicht wissen, wo sie das Stückchen Brot hernehmen sollen, um die hungrigen Mäuler ihrer Kinder zu stopfen. Gestern ist die Brotpreiserhöhung in Kraft getreten und trotz des Verbotens des Senats Ränge ist noch kein Ausgleich hierfür geschaffen worden. Nicht nur Brot, sondern auch Fleisch, Milch, Butter und selbst Kartoffeln sind in den letzten Tagen teurer geworden. Heute kosten z. B. 10 Pfund Kartoffeln 10 bis 14 Mark. Hier muß schnellstens eine Aenderung eintreten. Aus diesem Grunde rufen wir dem Senat zu: Bis hierher und nicht weiter!

Alle diese Mißstände hatten dazu geführt, daß man beschloß, am 4. August zu demonstrieren, um dem Senat zu zeigen, daß so nicht weiter gewirtschaftet werden darf, wenn nicht der Bestand und die Zukunft des Freistaates gefährdet werden sollen. Der Senat hat die Demonstration verboten und dies damit begründet, daß ihm verbürgte Nachrichten zugegangen sind, daß die Regierung gestürzt werden sollte und daß von ausländischem Gelde bestockene Elemente drauf und dran seien, die Existenz des Freistaates zu untergraben. Der Senat ist nicht allein im Volkstag, sondern auch bei den internen Besprechungen, die mit Senator Schümmer und Senator Ziehm stattgefunden haben, gebeten worden, diesbezügliches Material vorzulegen, wenn er solches zur Verfügung hat und daß ihm das Recht gibt, Führer der Linksparteien als Verbrecher und Geher zu bezeichnen. Bei dieser Besprechung war man soweit gegangen, daß man erklärt hatte, von jeder Partei, vom Gewerkschaftsbund und von allen Körperschaften, die zur Demonstration aufriefen, einen Namen verantwortlich zeichnen zu lassen, damit der Senat in der Lage gewesen wäre, diese Personen für eventuelle Mißschreitungen zur Verantwortung zu ziehen. Aber der Senat gibt nicht darauf ein! Der Senat hat ferner seine Verleumdungen gegen unsere Führer nicht zurückgenommen und das Material, das er angeblich als Unterlage hierzu gehabt hat, nicht veröffentlicht. Da blieb uns weiter nichts übrig, als gegen diesen eklatanten Verfassungsverstoß zum Generalstreik aufzurufen. Der Senat hat den Fehdehandschuh hingeworfen und wir nehmen den Kampf auf, bis dieser eklatante Rechtsverstoß wieder beseitigt ist. Wir haben nie die Absicht gehabt, Maßnahmen zu treffen, die die ruhige Entwicklung des Freistaates gefährden. Die Vorgänge vom 4. August, die sich im Volkstag abgespielt haben, kennzeichnen scharf die Gewaltpolitik des Senats und der Mehrheitsparteien. Die Verhaftung der beiden Abgeordneten bedeutet einen Schlag gegen die Parlamentsfreiheit. Es soll nicht darüber gestritten werden, wie weit die beiden Abgeordneten gefehlt haben, eines ist aber klar, ein Rechtsboden für die Verhaftung war nicht geschaffen.

Es war ein wohlüberlegtes Komplott.

Das sich am 4. August im Volkstage abgespielt hat. Man wollte die beiden Führer einer unbekannteren Partei bezeichnen und dieses will der Senat als eine Staatsnotwendigkeit bezeichnen. (Geltend links.) Jedenfalls steht für uns das eine fest: Wir haben uns, nachdem wir bislang prächtig und mit Würdigung der Situation mitgearbeitet haben, durch die Politik des Senats davon überzeugen lassen, daß es so nicht mehr weiter gehen kann. Wir haben deshalb die Massen zu einem Protest aufgerufen, der uns verfassungsmäßig gemährleistet ist, der Senat hat ihn ignoriert und damit zum Ausdruck gebracht, daß er auch dazu bereit ist, das Gesetz mit Füßen zu treten, wenn es sich darum handelt, mißliebige Kritiker von der Bildfläche verschwinden zu lassen. Alles dies hat in uns die Überzeugung aufgenommen, daß mit diesem Senat ein Zusammenarbeiten nicht mehr möglich ist. Wir hatten die Rechte gebeten, unsern Antrag auf Auflösung des Volkstages zuzustimmen. Die Rechte hat jenen Antrag abgelehnt, sie wird auch den Antrag, daß der Volkstag beschloßen möge, dem Senat ein Misstrauensvotum anzustellen, ablehnen. Im Volkstag ist das Recht und das Gesetz mit Füßen getreten worden. Wir wollten ehrlich mitarbeiten, aber durch das Verhalten des Senats sind wir zur Überzeugung gekommen, es gibt nur wieder eine sachliche und parlamentarische Verhandlungsweise im Volkstage, wenn wir durch

den Senat und durch die bürgerliche Mehrheit für den verabschiedeten Verfassungbruch, durch den das Gesetz mit Füßen getreten ist, in irgendeiner Form wieder Eöhne erlangt haben.

Abg. Ruhnert (Vole) erklärte, daß der Senat seinen Aufgaben nicht gewachsen sei und sich der Mission hingabe, das Polen nur ein Saisonhaat sei. In längeren Ausführungen über die Entwicklungsgeschichte Polens kam Redner zu dem Ergebnis, daß der Verständigungswille des Senats gegenüber Polen nur ein leeres Gerede wäre. Nachdem er noch die Zentrumspartei mit dem Spielklub von Joppot in Verbindung gebracht hatte, schloß er mit den Worten, daß die polnische Fraktion der Meinung ist, daß dem Senat ein Misstrauensvotum ausgedrückt werden muß.

Abg. Raube (Kom.) beschäftigte sich mit der Fremdenbeschäftigung und mit der Regierungsvorlage zum Nov. 1920, auf der es nur 8 Worte als Antwort gibt, nämlich: Pöge, Feinung und Verleumdung. Redner behauptete, daß vom 8. bis 1. August 2100 Leute von Teutland hier waren. Dann kam er auf die Verletzung des § 106 des Strafgesetzbuches durch den Senat zu sprechen. Im Namen der kommunistischen Fraktion verließ der Abg. Raube eine Erklärung, daß die Regierung die Rechte der Arbeiterklasse nicht geschadet und demzufolge auch dieser Regierung jegliche Mittel zu verweigern seien. Ferner verurteilt seine Fraktion den Verfassungbruch des Senats Schümmer und wird das Proletariat mit Hilfe der Einheitsfront versuchen, die gesagten Beschlüsse in die Tat umzusetzen.

Abg. Waw (U. S. D.) verurteilte die Brotpreiserhöhung und das Schweigen der bürgerlichen Parteien über das Misstrauensvotum, das die Linke dem Senat ausgestellt hat. Redner erklärte, daß die Arbeiterklasse in ihren Jungblättern im Aufruf zum Generalstreik kein einziges Schimpfwort gebraucht hätte. Der Senat konnte dies seinen Verhöhnungen nicht behaupten, denn diese krochten von Zerschimpfungen der Arbeiterführer. Zum Schluß sagte Redner, daß es nur eine Pflicht für den Senat gäbe, zurückzutreten und dem gesamten Volke durch eine Neuwahl Gelegenheit zu geben, über die Tätigkeit des Senats zu richten.

Genosse Wahn bewies dem Senat und den bürgerlichen Parteien, daß sie durch ihr Schweigen am gestrigen Tage ihre Schuld eingelassen hätten. Die Vorwürfe, die vom Senat und der bürgerlichen Parteien gegen die Führer des Generalstreiks erhoben worden sind, bezeichnet Redner in seinem Schlußwort als gemeine Schraßschneidung.

Von anderer Seite ging ein Antrag ein, gegen Senator Schümmer wegen schuldhaften Bruches der Verfassung und Vergehens gegen § 106 des Strafgesetzbuches Anklage zu erheben. Ein kommunistischer Antrag forderte wegen schuldhaften Bruches der Verfassung die Einberufung des Volkstages. Die anwesende Rechte hatte sich bis auf einen Mann aus dem Saal entfernt, so daß bei der Abstimmung über das von uns beantragte Misstrauensvotum das Eins beschlußfähig war. Es wurden 31 Stimmen mit Ja und eine Stimme mit Nein abgegeben. Das Eins verlagte sich gegen 7 Uhr auf Dienstag, den 23. August, nachm. 8 Uhr.

Danziger Nachrichten.

Als gestohlen angehalten wurden 1 schwarzer Blüschmuff, gefüttert mit blauer Seide, 1 schwarzer Blüschtragen (Schalform), 1 silbergraue Mädchenmütze mit roten Bändern, 1 lederne Sanitätshandtasche, 8 lederne Handtaschen, darunter 2 neue und 3 getragene Portemonnaies. Diese Sachen liegen im Polizeipräsidium, Zimmer 35, in den Dienststunden zur Ansicht aus.

Zoppoter Stadttheater.

„Die Dollarprinzessin.“

Für seinen Ehren- und Abschiedsabend hatte sich Georg Latorrecht das erfolgreichste Werk von Leo Fall ausgeliebt, das sich bis heute durch seine zündende Melodik und Rhythmus, durch die Originalität und Gediegenheit seiner Tonlagen und durch seine dramatische Lebendigkeit noch immer zahlreiche Freunde bewahrt hat. In der Rolle des Fredy Webergung zeigte der Künstler noch einmal die feststehenden Vorzüge seiner Gestaltungskraft — elegantes Auftreten, flegelgewohntes Draußgängertum, Bornehmtheit und reife, beherrschte Männlichkeit — im hellsten Lichte. Da die stimmlichen Mittel und die gelungene Sicherheit des Künstlers bereits nachzulassen beginnen, wäre ihm ein rechtzeitiger Wechsel in der Aufführung von „Rosentanz“ abgelegten Probe noch manche erfreulichen darstellerischen Erfolge blieben dürften.

In den übrigen Rollen der sehr gelungenen Aufführung waren die besten Kräfte des Zoppoter Operettenpersonals beschäftigt. Friedl Scarron als Dollarprinzessin, Lucie Pantomer und Charles Brod als zweites Liebespaar und Walter Leopold als Dollarprinz wiesen ihre Aufgaben mit anerkanntem Wertem Gehalt, und Martha Frey als russische Pseudo-Gräfin und Agnes Meißner-Carla in der sehr ergötlichen, wenn auch stark possenhafte parodistischen Verwicklung sehr amerikanische Hauptfiguren ergänzten wirkungsvoll die Leistungen der Hauptdarsteller.

Den künstlerischen Hauptanteil an der sehr flotten Aufführung hatte der neue Kapellmeister Ernst Runge, der sich schon am Sonntag mit seiner musikalischen Leitung der „Flehermaus“ als wertvollen Gewinn für das Zoppoter Stadttheater gezeigt hatte. Dieser Dirigent wies alle Feinheiten der Partitur aus dem Orchester herauszuholen, einstreifen Zusammenhalt zwischen Bühne und Orchester zu wahren, und verrät in seiner Mancierung der Temporalen, rhythmischen und dynamischen Schattierungen den gemessenen, feinsinnigen Musiker. Der Beifall des vollbesetzten Hauses war nach jedem Aktstich und nach den Hauptchlagern stark.

Bewerkschaftliches.

Die dritte internationale Freilegerkongress

tagte am 9. August in Waidenberg (Böhmen). Erschienen waren drei Delegierte aus Deutschland, je zwei aus Dänemark, Schweden, Dänemark, Belgien und dem tschechischen Sprachgebiete der Tschechoslowakei und je ein Delegierter aus Frankreich und Island. Die ungarische Organisation hat die österreichische mit einer Vertretung betraut, während eine Reihe der noch im Aufbau befindlichen Verbände, wie England und Holland, noch keine Vertreter entsenden konnten. Invertreten sind die Organisationen in Norwegen und der Schweiz. Als Vorsitzender der Konferenz wurde E. Lorenz gewählt, zum Schriftführer Friedrich Wien. Gegen den Bericht des Sekretärs seit der letzten Konferenz im Jahre 1911 wurden keine Einwände erhoben, vielmehr dem Kollegen E. Lorenz Dank und Anerkennung für seine Tätigkeit auf Beschluß der Konferenz ausgesprochen. Die Berichte insgesamt ergaben, daß die Frage der Sonntagsruhe in allen Ländern brennend ist und bereits mehr oder minder große Erfolge zu verzeichnen sind. Die Durchführung des Achtstundentages macht den Freilegerkongress noch recht viel zu schaffen. Auch die Beseitigung des Trinkgelowesens, die Abschaffung des teilweise noch immer bestehenden Rost- und Logiszwanges und die Bekämpfung der Behringsschichterei ist noch Aufgabe der Freilegerorganisation. Zur Neuorganisation der internationalen Beziehungen liegt der Konferenz ein Programm-entwurf und Satzungsentwurf vor. E. Lorenz erklärte den Programmentwurf, der insbesondere die hygienische Seite des Freilegerwerkes berührt, das Mitbestimmungsrecht der Gehilfen und die Reform des Behringsschichtwesens.

Die Beratung der Satzungen einer Internationalen Union führte zu einer Debatte über das Organisationsgebiet der Freilegerverbände. Der deutsche Verband wendet sich dagegen, daß die Freilegergehilfen sich den Beschäftigtenverbänden anschließen, wie in Deutschland und der Schweiz oder anderen Verbänden. In einer Resolution, die sie vorschlugen und die zum Beschluß erhoben wurde, wird den angeschlossenen Verbänden die Organisation in dänischem Sinne empfohlen. Die Grundlagereklärung für die Antwerpener Gewerkschaftsinternationale brachte zunächst eine längere Geschäftsordnungsdebatte, die zu dem Entschluß führte, daß sie ein Redner für Moskau und für Amsterdam das Wort erhält. Cordier-Boris, Sekretär des dortigen Einheitsfront, trat auf Grund der Haltung seines Verbandes auf dem Völkergewerkschaftskongress für den Anschluß an die Moskauer Internationale ein, während Christensen-Kopenhagen den Standpunkt der Antwerpener Gewerkschaften vertrat. Bei der Abstimmung erklärten sich die Vertreter der dänischen, der deutschen, der österreichischen, der schwedischen und der deutsch-tschechischen Organisationen für Amsterdam, für Moskau stimmte nur der französische Delegierte. Der finnländische Delegierte erhielt sich der Stimme und die noch nicht stimmberechtigten — weil noch nicht angeschlossenen — tschechischen Delegierten aus Prag erklärten, sie würden sonst ebenfalls gegen Moskau gestimmt haben. Die übrigen Punkte der Satzungen wurden mit verschiedenen Änderungen angenommen. Die Referate über das Behringsschichtwesen im Freilegerwerke und die hygienischen Verhältnisse mußten von der Tagesordnung aus Zeitmangel abgelehnt werden.

Die nächste Tagung der nunmehr gebildeten Internationalen Freilegergehilfen-Union soll 1923 in Paris oder in Wien abgehalten werden.

Der bisherige Sekretär des Internationalen Sekretariats, E. Lorenz-Berlin, wird als Vorsitzender der Union gewählt und als Vizepräsident die Vorsitzenden des dänischen und des deutschen Gehilfenverbandes, Christensen-Kopenhagen und Lorenz-Berlin. Die neuen Beiträge an die Union, die pro vollqualifiziertem Mitglied und Jahr den fünften Teil der Wochenbeiträge in den einzelnen Ländern ausmachen, werden ab 1. Juli 1921 erhoben.

Ein deutsch-holländisches Gewerkschaftsfest.

Am Sonntag fand in der westfälischen Grenzstadt Bronau ein imposantes deutsch-holländisches Gewerkschaftsfest statt.

Um drei Uhr nachmittags traten die freien Gewerkschaften von Bronau und den nahegelegenen Industrieorten zum Festzug durch die Stadt zusammen und im gleichen Zeitpunkt rückten mit ihrem Banner und einer Arbeiterkapelle an der Spitze 800 holländische Gewerkschafter über die Grenze und schlossen sich dem Festzuge an. Die ganze Stadt war auf den Beinen und Zeuge dieses internationalen Brüderungsaktes. Die Holländer haben, unterstützt durch die deutschen Arbeiter, alle Schwierigkeiten gegen den geschlossenen Grenzübertritt überwunden. Dem Festzuge schloß sich eine überfüllte Festversammlung im größten Saale der Stadt an. In der Genosse Erwin Barth aus Berlin eine mit stürmischer Begeisterung aufgenommene Festrede hielt. Dieses Gewerkschaftsfest ist ein Markstein in der Gewerkschaftsbewegung des schwärzesten Zipfels des Münsterlandes.

Die verunglückte Einheitsfront.

Beamte und Gewerkschaften.

Die zwischen den Beamten und den Gewerkschaften geführten Verhandlungen zwecks Auslösung einheitlicher Forderungen sind gescheitert. Nach den aus den verschiedenen Quellen kommenden Berichten ergibt sich das folgende Bild über den Gang der Verhandlungen, an denen teilnahmen Vertreter des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes, des Deutschen Gewerkschaftsbundes, des Gewerkschaftsringes, des Deutschen Beamtenbundes, der drei großen Eisenbahnerorganisationen, des Verbandes der Gemeinde- und Staatsarbeiter und andere Organisationen.

In weniger wichtigen Punkten wurde eine völlige Übereinstimmung erzielt. Einmütig wurde die Beseitigung aller Unterschiede in den jetzigen Leuerungszulagen und in den Zuschlägen zu den Kinderzuschlägen, wie sie durch die Aktion im letzten Januar entstanden waren gefordert. Der Allgemeine Deutsche Gewerkschaftsbund, der Gewerkschaftsring und der Gewerkschaftsbund verlangten für die Arbeiter eine Zulage von 1,50 Mk. pro Stunde oder eine Erhöhung des Gesamteinkommens von 8600 Mk. pro Jahr. Für die Beamten aller Kategorien wurde die gleiche Leuerungszulage von 3600 Mk. gefordert. Diese Summe sollte dem pensionsfähigen Einkommen zugerechnet werden. Der Beamtenbund hatte für die Beamtenlebensversicherung einen Zuschlag von 8500 Mk. pro Jahr für alle Beamtenkategorien gefordert. Dagegen wurde von allen anderen Organisationen Einspruch erhoben, da diese Forderung als zu hoch gegriffen betrachtet werden. In einer Kommission versuchte man eine Einigung zu erzielen. Die Vertreter des Beamtenbundes gaben nach und erkannten die Forderung von 3600 Mk. an. In der folgenden Wienerversammlung aber stellte er für seine Mitglieder eine Mindestforderung von 4200 Mk. auf. Der Versuch, zu einem Kompromiß zu kommen, scheiterte, wodurch die Verhandlungen ein recht unerfreuliches Ende fanden.

Nach dem Scheitern dieser Verhandlungen haben der Allgemeine Deutsche Gewerkschaftsbund, der Deutsche Gewerkschaftsbund und der Gewerkschaftsring den zuständigen Instanzen für die gesamten Reichs- u. Staatsarbeiter, angestellte und -beamte folgende Forderungen übermittelt:

1. für Arbeiter: Erhöhung einer Ausdehnungszulage zum bemesslichen Leuerungszuschlag in Ortsklasse B 10 Pf., C 20 Pf., D 30 Pf. und E 40 Pf. pro Stunde. — Gewährung einer weiteren allgemeinen Leuerungszulage in sämtlichen Ortsklassen in Höhe von 1,50 Mk. pro Stunde und entsprechende Zulagen für weibliche Arbeiter und Lehrlinge. — Erhöhung der Kinderzuschläge um 150 Prozent. — Bereitstellung entsprechender Mittel zwecks Erhöhung der Beiträge der Rentenanwärter.
2. für Beamte: Angleichung der Leuerungszuschläge zum Grundgehalt und zum Ortszuschlag an die Sätze der Ortsklasse A. Gewährung einer gleichmäßigen pensionsfähigen Leuerungszulage von 3600 Mk. an alle Beamten einschließlich der Diätarier und Pensionäre. — Angleichung des Leuerungszuschlages zu den Kinderzuschlägen an die Sätze der Ortsklasse A.

3. die neuen Leuerungszulagen für alle Arbeiter und Beamten sind rückwirkend ab 1. Juli 1921 zu zahlen.

Der Deutsche Beamtenbund wandelt sich mit einer Erklärung an die Öffentlichkeit, in der er zu den geschicktesten Verhandlungen Stellung nimmt. Darin sagt er, daß für die Beamten die Höhe der Forderungen nicht so wichtig war, wie die ihrer Gleichheit für alle Gruppen. Eine Erhöhung des Bruttojahres der Leuerungszulage bedeutet er mit Rücksicht auf die allgemeine Notlage für die Beamten (als) völlig unerwünscht. Sehr scharf nimmt er Stellung gegen die Art, wie die Verhandlungen von den christlichen und freien Gewerkschaften geführt wurden. Er will aus diesen den Eindruck gewonnen haben, daß die Kreise bereits mit maßgebenden Stellen irgend welche Abmachungen getroffen haben und daß nicht aber die Wünsche der Beamten durch eine Einigung erzielt werden sollte, sondern daß die Vertreter sämtlicher Organisationen der Arbeitergewerkschaften die zuvor gefassten Beschlüsse dieser Organisationen den Beamtengewerkschaften aufzuzwingen wollten.

Es scheint, als mache der Deutsche Beamtenbund im Augenblick dieselben Kräfte durch die alle großen Gewerkschaften bestehen müßten. Die Tatsache allein, daß er innerhalb weniger Stunden um über die Hälfte in seinen Forderungen zurückgegangen ist, zeigt, daß diese nicht sehr reichlich erwogen worden sind. Dieses Nachgeben des Beamtenbundes und der dadurch erwirkte Eindruck, daß hier vielleicht stark agitatorische Gründe mitgespielen, hat die anderen Gewerkschaften mit aller Wahrscheinlichkeit in der Ansicht bestärkt, daß ihre Forderungen weit überlegen und deswegen erfolgversprechender sind.

Die Arbeitergewerkschaften haben das größte Interesse daran, daß die Einheitsfront der Arbeiter, Angestellten und Beamten besteht. Sie sind bereit, zur Erreichung dieses Ziels die notwendigen Opfer zu bringen, aber niemand wird von ihnen verlangen können, daß sie zu diesem Zweck ihre Vergangenheit verleugnen und sich zurückwärts in jenen Stadium, in dem sich heute die Beamten in ihrer großen Mehrzahl leider noch befinden.

Für Amsterdam.

Der internationale Kongress der Schuh- und Lederarbeiter nahm eine Resolution an, welche sich für das Verbleiben in der Antwerpener Internationale erklärte. Zu dem Referat wegen Änderung der Statuten für eine gemeinsame Internationale der Lederarbeiter wurde ein Antrag Fimmen-Amsterdam angenommen, dahingehend, einen internationalen Sekretär und vorläufigen Vorstand zu wählen, die bis zum nächsten Kongress das neue Statut zu entwerfen hätten. Die Gründung einer einheitlichen Internationalen wurde sodann einstimmig beschlossen und Simon-Deutschland zum Sekretär bestellt, worauf der Kongress geschlossen wurde.

Bermischtes.

Ausgleichende Gerechtigkeit. Eine nachdenkliche Geschichte aus Kanada, die in unseren Tagen der Preissteigerung und Lieberverteilung sehr zeitgemäß ist, wird in amerikanischen Blättern erzählt. Ein Bauer des Dorfes Sino-Pones in der Nähe von Quebec nahm seine Butter stets von einem Bauern in der Umgegend. Eines Tages schien es ihm, daß die Butter nicht das berechnete Gewicht hatte; er wog sie also und stellte fest, daß der Bauer ihm hier und da weniger lieferte. Er machte dem andern darüber Vorhaltungen, und die Sache kam vor den Richter. „Halt du weiche Waage?“ fragte der Richter den Bauern. „Ja, Herr Richter.“ „Halt du Gewichte?“ „Nein, ich habe keine.“ „Aber wie kannst du denn dann deine Butter richtig wiegen?“ „Das ist ganz einfach,“ erwiderte der wackere Landmann. „Seitdem der Bauer die Butter von mir kauft, nehme ich von ihm das Brot, und das Brot ist mein Gewicht, dessen ich mich bediene, um die Butter zu wiegen. Wenn das Gewicht nicht richtig ist, so ist das des Bauers Schuld und nicht die meine.“

Aparte Gardinen

abgepaßte Künstlergarnituren
in engl. Stoll, Erbstoll und Eiamine
sowie
Halbstores und Bettdecken
in enorm großer Auswahl

Walter & Fleck

„König Kohle.“

Roman von Upton Sinclair.

(Fortsetzung.)

„Sie haben sich bestimmt etwas zuzuschreiben kommen lassen.“
„Ich war von einem Bergmann-Komitee zum Tagekontrollleur gewählt worden.“
„Zum Tagekontrollleur?“
„Ja, Guer Gnaden. Ich habe gehört, daß Gesetz fordere die Anfechtung eines Tagekontrollleures, wenn die Arbeiter dies verlangen und seinen Lohn bezahlen, dann sei die Gesellschaft verpflichtet, ihn das Wiegen kontrollieren zu lassen. Stimmt das?“
„Ich glaube ja.“
„Und nicht eine Strafe auf Verweigerung?“
„Das Gesetz arbeitet nicht mit Strafen, junger Mann.“
„Ich habe auch gehört, daß dieses Gesetz seit fünfzehn oder sechzehn Jahren in den Statuten verankert ist, daß die Strafe von fünfzig bis hundert Dollars beträgt. In diesem Falle ist nicht anzunehmen, Guer Gnaden, — die Bergleute haben beim Bergbauverein aufgetrieben, daß sie meine Löhne fordern, als ich aus dem Raum erschein, wurde ich nicht eingelassen. Dann wurde ich verhaftet, ins Gefängnis gesetzt und schließlich aus der Grube hinausgeworfen. Ich habe meine Aussagen beendet und werde ein Recht zu haben, einen Haftbefehl gegen die Schuldigen zu fordern.“
„Können Sie für Ihre Aussagen Zeugen anführen?“
„Ja, Guer Gnaden. — Einer der Komiteemitglieder, John Ostrom, ist jetzt in der Grube; er darf keine Hütte im Nord-Zal, deren Miete er bezahlt hat, nicht betreten. Das zweite Mitglied, Mike Sforza, wurde ebenfalls entlassen. Außerdem wissen im Nord-Zal noch viele um die Sache.“
„Schweigen trat ein. Richter Denton betrachtete den jungen Bergmann genau; dann räusperte er gedankvoll die Stirne und verließ seiner Stimme einen tiefen bedeutenden Ton. „Ich werde es gerne studieren. Wie heißen Sie und wo wohnen Sie?“
„Joe Smith, Guer Gnaden. Ich wohne bei Edward Mac Kellar, aber nicht auf sehr lange. Die Strafe der Gesellschaft bedachten das Gesetz die ganze Zeit.“

„Das ist dummes Geschwätz!“ sagte ungeduldig der Richter.
„Zufälligerweise gehen und eben jetzt drei davon nach; einer derselben ist Pete Ganum, der mich aus dem Nord-Zal hinausschleusen half. Wenn Sie sich umdrehen, können Sie sie sehen.“
Doch wandte der wohlbeleibte Richter den Kopf nicht.
„Mac hat mir gesagt, daß ich durch dieses Vorgehen mein Leben aufs Spiel setze. Ich glaube, berechtigt zu sein, um Ihren Schutz zu bitten.“
„Was wollen Sie, daß ich tue?“
„Zuerst meine Verfolger verhaften lassen.“
„Solche Verhaftungen gehen mich nichts an; wenden Sie sich an einen Polizisten.“
„Ich sehe keinen Polizisten, wollen Sie mir mitteilen, wo ich einen finden kann?“
Diese Hartnäckigkeit begann Guer Gnaden zu ernütern. „Sie haben zu viel Schuldliteratur gelesen, junger Mann, daher die übertriebenen Herben.“
„Aber die Männer sind nicht hinter uns, Guer Gnaden; sehen Sie Sie doch an.“
„Ich habe Ihnen schon gesagt, daß das nicht meine Sache ist, junger Mann.“
„Aber, Guer Gnaden, bevor ich einen Polizisten finde, kann ich tot sein!“
Diese Ausfälle schienen den anderen völlig kalt zu lassen.
„Und während Sie die Sache studieren, Guer Gnaden, können die Leute im Schacht tot sein.“
Keine Antwort.
„Ich habe hier einige beglaubigte Aussagen“ — bemerkte Joe.
„Wollen Sie sie haben?“
„Sie können sie hergeben, wenn Sie wollen.“
„Sie verlangen sie nicht?“
„Ich habe sie noch nicht verlangt.“
„Nach einer Frage, wenn Guer Gnaden gestatten, können Sie mir sagen, ob es in dieser Stadt einen christlichen Morokaten gibt, einen, der wußtens wäre, einen Prozeß gegen die Allgemeine Bergbau-Gesellschaft zu führen?“
Schweigen — lang's lang's Schwören. Richter Denton von dem Richter und Bergmann warnte im Stillen vor sich hin. „Was

auch immer in seinem Geiste vorging, seine richterlichen Sätze verriet nichts davon. „Nein, junger Mann“ — sagte er schließlich — „es ist nicht meine Sache, Ihnen Informationen über Absoluten zu geben.“ Damit wandte sich der Richter um und betrat den Elft-Staub.
Falsch machte halt und sah der wohlbeleibten Gestalt nach, bis sie verschwunden war, dann kehrte er um und schritt an den Spiegeln vorüber, die stehen blieben. Er strahlte sie stumm an und sie starren zurück; als er etwa zwanzig Schritte entfernt war, folgten sie ihm von neuem.
Richter Denton hatte ihm geraten, sich an einen Polizisten zu wenden. Das bemerkte plötzlich, daß er am Rathaus vorbeiging und es kam ihm in den Sinn, sich wegen der Verfolgung durch die drei Männer, an den Bürgermeister von Pedro zu wenden. Er war neugierig, wie wohl der Bürgermeister dieser verdammten gefährlichen Stadt sein möchte. Nach einiger Überlegung trat er ins Bureau des Herrn Ezra Perkins, eines sanften, kleinen Mannes, der früher Reichensbräutigam gewesen, ehe er die Bugfigur der sogenannten „demokratischen“ Maschine ward.
Er sah vor ihm, neben an seinem wohlgepflegten, braunen Bart zupfend, bemüht, dem Dilemma zu entgehen. Es sei ja möglich, daß ein junger Bergmann in der Straßen der Stadt verfolgt werde, doch hing es von den näheren Umständen ab, ob dies geschehen könne oder nicht.
„Hätte der junge Mann im Nord-Zal Unruhen angestiftet und dürfte man annehmen, daß er dies auch weiterhin tun wolle, so bliebe die Gesellschaft höchstwahrscheinlich auf seiner Spur. Doch sei Pedro ein gefühlvoller Ort, solange er sich ruhig verhalte, würden seine Rechte gewahrt bleiben.“
Falsch gitterte Mac Kellar's Bericht, demzufolge Leute bei heiligstem Tag auf den Straßen überfallen worden waren. Herr Perkins erwiderte, die genannten Umstände seien ihm unklar, er sei sehr unglücklich, und habe dem Polizeichef strenge Befehle erteilt, damit bei derlei nicht wieder eintreffe.
(Fortsetzung folgt.)

Zur Gehaltsbewegung der Senatsangestellten.

Der Senat hat auf die Forderungen der Angestellten nachstehende Beschlüsse gefasst: Der Senat ist bereit, auf Grund des von den Gewerkschaften eingereichten Vertragsentwurfes weiter zu verhandeln.

Der Schümmer'sche Rechtsbruch.

Zur am Montag abend tagende Untersuchungsausschuss gegen den Senator Schümmer wegen der von ihm widerrechtlich unter Druck der Verfassung angeordneten Verhaftung der beiden Kog.

Bevorstehende Streikbeendigung im Stukkateurgewerbe.

Die Stukkateure, die dem Deutschen Bauarbeiterverband angeschlossen sind, stehen seit dem 16. Juli im Streik, weil sich die dem Arbeitgeberverbande für das Baugewerbe angehörenden Unternehmer weigerten vor Abschluss des Bauarbeiterstreiks in Verhandlungen zu treten.

Dann wird Donnerstag früh die Arbeit aufgenommen. Wären die Stukkateure nicht dem Arbeitgeberverbande angeschlossen, dann hätte der Streik verliedener werden können.

Die heute vormittag stattgefundene Versammlung der Stukkateure hat den getroffenen Vereinbarungen zugestimmt. Die Arbeitsaufnahme wird morgen früh erfolgen.

Stiefgenommene Kartoffeldiebe. Gestern gelang es der Schutzpolizei 10 Personen, die seit einigen Tagen die Kartoffelfelder des Schönfelder Gutes unfsicher machten, auf frischer Tat zu ertappen.

Neuregelung der Sonntagsarbeit im Freisportgewerbe. Der Senat hat eine Bekanntmachung erlassen, durch die die Sonntagsarbeit im Sport- und Freisportgewerbe auf drei Stunden eingeschränkt wird.

Neuwahl der ländlichen Schulvorstände. Nach der Schulordnung von 1845 besteht der Schulvorstand aus dem Pfarrer des Kirchspiels (Lotasschulinspektor), der in Abwesenheit des Schulpatrons den Vorsitz führt.

Ein neuer Sportlehrerkursus. Die Deutsche Hochschule für Leibschulungen in Berlin wird in Danzig, nachdem der im Mai veranstaltete Sportlehrerkursus unter v. Donop von gutem Erfolge begleitet war, einen zweiten Kursus in der Zeit vom 28. August bis 10. September veranstalten.

Überdruck der Gefühle fast zerbricht. Doch er hat immer noch die Kraft, das Erlebnis zu bannen und unbekümmert vorwärts zu gehen.

weife der schulpflichtigen Mädchen. Schmutzweifen und Bekleidungsstörungen u. dergl. Der Kursus wird auf dem Plage des Rastplatzes für Selbstübungen, den dieser zur Verfügung stellt, abgehalten.

Die Höhe der Deckung. Der frühere Polizeiwachmeister Adolf Rasowski in Danzig, hatte sich vor dem Schöffengericht wegen Hausfriedensbruchs, Beleidigung mit Totschlag, Beleidigung und fahrlässiger Körperverletzung zu verantworten.

Vollstreckt vom 17. August 1921. Verhaftet: 30 Personen, darunter 1 wegen Diebstahls, 3 wegen Verdachts des Diebstahls, 10 wegen Feldbeschäfts, 1 wegen Betrugs, 1 wegen Straßenüberfalls, 3 zur Festnahme, 1 wegen Zuchthausstrafe, 1 wegen Vahlschlagung, 3 in Polizeihaft. — Obdachlos 3 Personen.

Heutiger Devisenstand in Danzig.

Table with 2 columns: Devisenart and Wechselkurs. Includes entries for Deutsche Mark, Dollar, Engl. Pfund, Franz. Franken, and Schweiz. Franken.



Wasserstandsnotizen am 17. August 1921.

Table with 4 columns: Ort, gestern, heute, gestern, heute. Lists water levels for various locations like Jantoch, Porphau, Puck, etc.

Verantwortlich für Redaktion: H. Frick Weber, für den Danziger Nachrichtenteil und die Unterhaltungsbeilage Frick Weber, beide in Danzig; für die Inserate Bruno Swertz in Oliva. Druck und Verlag von J. Gehl u. Co. Danzig.

Bildnisausstellung im Zeughaus.

Von Willibald Omankowski.

Der Ernst der wirtschaftlichen Lage hat eine große Zahl hiesiger Künstler veranlaßt, sich zum „Wirtschaftlichen Verband bildender Künstler“ zusammenschließen, doch ist es auch hier nicht zu einer Einheitsfront gekommen; mehrere belanglose Köpfe: Bruno Paetsch, Prof. Pfuße und Dörwald, die der „Junst“ — einer Vereinigung kunstschaffender und kunstinteressierter Danziger, die sich gegen jüdische und sozialistische Elemente scharf abschließt — angehören, haben sich dem neugegründeten Verbande nicht anschließen können.

Sind nun auch die Räumlichkeiten im alten Zeughaus alles andere als ideal, so hätte sich hier mit der Zeit durch zweckdienliche bauliche Veränderungen immerhin ein leidlich guter Ausstellungsraum herrichten lassen können; inzwischen ist aber über das alte Zeughaus anderweitig verfügt worden.

Fehlte, wie schon gesagt, auch eine Anzahl Danziger Maler, die künstlerisch etwas zu sagen haben, so bietet die Ausstellung doch mancherlei Beachtenswertes bis Schönes. Gleich im ersten Räume stellt der bekannte Marinemaler Max Mendrich seine hübsche, zeichnerisch gekonnten Schiffsbilder aus, die man

schon selber oft in Kunsthandlungen sah und die durch ihre klare, unaufdringliche Art und angenehme Farbgebung dem dafür Interessierten stets Freude machten; Dichtkämpfern an der Dardanellenfront werden auch die entsprechenden Kriegsbilder eine willkommene Erinnerung sein.

Größtenteils heimatlische Motive geben Gustav Pfaßl, Paul Kressel und Landschaftliches Manfred Steinert, kommen indes über kleines bis kleinstes Format nicht hinaus und zeigen kein Ziel. Manches ist hübsch gesehen und hingelegt, alles durchaus naturgetreu, Pinselphotographierarbeit, gänzlich unbefriedigend. Sie geben aus ihrer großen Heimatstadt, rein Gegenständliches, das große, geistige Profil all der lebenswichtigen Marienkirchen, Kantoren, Stadtkörner, Frauengassen ist ihnen ebenso ein Rätsel geblieben wie der Uratm der Natur in Strandmotiven, Feld- und Waldansichten unserer engeren Heimat. Sie stehen vor den Dingen; statt sich in sie hineinzukünnen, sie freuen sich an ihnen, statt bevor zu beten; so kommen sie von dem höchsten Reich nicht zum Künstlerischen. Der Gegenstand geht durch das Auge in die reproduzierende Hand; den Weg durch das Herz des umschaffenden Künstlers nimmt er leider nicht.

Ein wesentlicher Schritt vorwärts sind schon die Bildnisse S. Chlebowskis und Paul B. Dannowskis. Nach mancherlei Belanglosem, das ich bei früheren Gelegenheiten von Chlebowski sah, zeigt er, daß er in Paris viel gelernt hat, vor allem die Art der neuen Franzosen, Großstadtluft leicht, lebendig und oft auch elegant festzuhalten; der Gefahr kitschlicher Spielereien ist er aber doch nicht immer entgangen und wirkt dann epigonenhaft-nach. Mehrmals gewachsen ist auch Paul B. Dannowski, dessen Judenporträt vom Troisiemstag längst nicht mehr neben Stücken, wie dem Bildnis des Jng. M. und einem markanten Selbstporträt behaupten können, in denen er an guten Traditionen der Portraitmaler anklopfend schon merklich zur Verinnerlichung vorgeht und selbständig zu charakteristischeren beginnt. Er wird sich indes noch von viel Bürgerlichkeit und rein Handwerkemäßigem befreien müssen.

Die große Überraschung bringt erst Julius Karl Zellmann. Aus jedem seiner qualitativ sehr verschiedenen Bildern springt dem Beschauer das unmittelbare künstlerische Erlebnis ins Bewußt. Daß er zeichnerisch schwach ist, weiß er wahrscheinlich so gut wie ich, und daß ihn das auch in der Einheitslichkeit der Komposition hindert. Über er ist ablosot Künstler. Man hat bei ihm das Gefühl, daß er unter dem

Überdruck der Gefühle fast zerbricht. Doch er hat immer noch die Kraft, das Erlebnis zu bannen und unbekümmert vorwärts zu gehen, das Erlebnis zu bannen und unbekümmert vorwärts zu gehen und im Blick seinen Beschien Luft zu schaffen. Doch unterscheidet er sich von den verkümmerten Malern, den Kur-Schreibern in Farbe und Bewegung durch eine innere geistige Haltung, durch festem beruhigende, Gegenwärtigkeit schaffende, ganz starke Farbenklänge, die mehr als einmal an Richard Faubus erinnern. Da geht von dem für einen Stillen „Doppelbildnis“, eine außerordentliche Kraft aus, eine dumpf verbissene Qual, eine Blödigung des Erlebten, die hoffentlich bleiben; prachtvoll in Farbe und Bewegung ist auch die „Tempeleinigung“, ganz hingegabenein an die Stimmung „Merseelen“ und „Arkaden“, „Haus am Wasser“ und „Durchblick“ verraten einen von Gehmann nur unwillig getragenen Zwang zu Ruhe und Wahhaften. Was aber alle seine hier angefertigten Stücke erweisen, ist die völlige Unbetriebarkeit, mit der dieser Künstler auf sein Ziel zutrifft, nur sich selbst und seinem fernen inneren Drang folgend. Diese Kunst ist ganz jung, ganz maßlos und deshalb sehr schon in vielem ganz stark. Vor allem aber hat sie Zukunft.

Einige Verwunderung bereiten die Adnigsberger Götter der Ausstellung. Auch von ihnen fehlen die hohen Talente eines Julius Freymuth, C. F. Schulz, Arthur Ruhnan u. a. Was dafür ein Erich Behrendt und Karl Eulentstein beibringt, ist geht bei allem Bekanntheit doch am Auge vorüber und auch die Lithographien Prof. Degners sind so trocken-akademisch wie seine Ölbilder wirklich übermüdete Epochen darstellen. Robert Hoffmann scheint mir auf dem Wege zu erhabener Kunsthaftigkeit, denn in jedem seiner sorgfältig behandelten Bilder ist legend ein fesselnder Charakter. Einzig aber Charles Grosz gibt Kreidelzeichnungen (davon ein Dugend in Farbe) von einer außergewöhnlichen Macht des Ausdrucks. Dichter und Dichter gehen bei ihm eng Hand in Hand. Jede der Zeichnungen, in eine unheimliche Tiefe getaucht, zeigt feste Gliederung und eine ganz überlegene Komposition und bleibt lange haften, wenn der Eindruck der meissen Abstrichen langsam verfliehet. Da der Künstler noch sehr jung sein soll, was man von ihm sicher noch Großes zu erwarten haben.

Der letzte Raum bringt Kunst von höchem Niveau: Der Berliner Baluschek, Corinth, Dettmann, Gans, Götter, Hechel, Jäckel, Kalkreuth, Kästner, Morgen, Roschka, Liebermann, Meid, Pechstein, Siedow u. a. m. Auch zwei gewaltige Stücke Dehnbrosch, die „Lady Macbeth“ und „Süßmied getroffene Jünglinge“ und Barlach's geballte Kraft, hängen neben Aquarellen Marjan Makhwas, der jetzt Mode geworden sein scheint.

Volkswirtschaftliches.

Für die Sozialisierung des Wohnungswesens.

In dem Kommentar zum neuen Programmentwurf schreibt Genosse Paul Hirsch, der frühere preussische Ministerpräsident, zu den Forderungen über das Wohnungswesen u. a.: Das einzige Mittel zur wirklichen Abhilfe ist die Ueberführung der vorhandenen Mietwohnungen in die Verwaltung und in das Eigentum von Selbstverwaltungsorganen öffentlichen Rechts. Diese Forderung hat die Kommission zu der ihrigen gemacht und hinzugefügt, daß Aufgabe der öffentlich-rechtlichen Körperschaften auch der Wohnungsbau und die Aufbringung der hierzu erforderlichen Mittel sein soll. Daß dieser Gedanke durchführbar ist und daß es sich hierbei um keine Utopie handelt, ist bewiesen durch einen von Vertretern des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes, der A. G. B. und der beiden sozialdemokratischen Parteien ausgearbeiteten Berichtentwurf über die gemeinwirtschaftliche Regelung des Wohnungswesens, der zur Regelung aller das Wohnungs- und Siedungswesen betreffenden Angelegenheiten, die Schaffung von Selbstverwaltungsorganen öffentlichen Rechts mit weitgehenden Befugnissen vorzieht. Die Frage wäre höchstens, warum es hierzu besonders der Organe bedarf, anstatt den Gemeinden die erforderlichen Rechte zu übertragen. Diese Frage hat den Ausschuß der Gewerkschaften und der Parteien eingehend beschäftigt. Wenn er der Neuregelung der Wohnungswirtschaft durch besondere Selbstverwaltungsorgane den Vorrang vor der kommunalen Regierungverwaltung gibt, so weist seiner Ansicht nach nicht nur politische und organisatorische, sondern auch erhebliche wirtschaftliche, soziale und kulturelle Gründe gegen die Regierungverwaltung der Wohnungen sprechen. Wenn man sich auf den Standpunkt stellt, daß eine Sozialisierung des Wohnungswesens der Allgemeinheit und den Mietern erhebliche Vorteile bringen soll, dann müsse man auch eine Organisation für die Wohnungswirtschaft schaffen, die der Entlastung wirtschaftlicher, sozialer und kultureller Kräfte breitesten Spielraum läßt und sie bewahrt vor allen politischen und bürokratischen Hemmungen, insbesondere auch vor den Hemmungen wirtschaftlicher Ohnmacht, in der sich die Mehrzahl der Großstädte heute befindet. Das bedeutet nicht etwa eine Abkehr von dem Regieredanken, sondern seinen Ausbau in einer Richtung auf dem Wege zum Sozialismus, also einen Fortschritt in der Entwicklung, der vom

sozialdemokratischen Standpunkt aus nur zu begrüßen ist. Den Gemeinden wird trotz der hierdurch herbeigeführten Entlastung noch genug zu tun übrig bleiben. Ueberflüssig ist es, zu betonen, daß wer unserer programmatischen Forderung zustimmt, damit den erwähnten Gesichtspunkt nicht in allen Einzelheiten aufweist. Ueber Einzelheiten läßt sich reden, aber der Grundgedanke — Ueberführung der Wohnungsverwaltung in die öffentliche Hand — muß von sozialdemokratischer Seite unbedingt gebilligt werden.

Genossenschaftliches.

10. Internationaler Genossenschaftskongress in Basel.

Nach achtstündiger Pause tritt am 22. August das Parlament der Internationalen Genossenschaftsbewegung zu mehrtägigen Verhandlungen in Basel zusammen. Fünf Jahre später, als auf dem 9. dem letzten Internationalen Genossenschaftskongress, welcher im August 1913 in Glasgow, Schottland stattfand, beschlossen wurde. Mit Eintritt des Friedenszustandes nahm die Zentralleitung des Internationalen Genossenschaftsbundes ihre Tätigkeit wieder auf. Wertvolle Vorarbeiten zur Wiederaufnahme der internationalen Genossenschaftsverbindungen leisteten die im Februar 1919 in Paris tagende interalliierte Genossenschaftskonferenz und die im Juni gleichen Jahre ebenfalls in Paris stattgefundene interalliierte und neutrale Genossenschaftskonferenz, ferner die Sitzungen des Zentralvorstandes des A. G. B.

Als Produkt dieser Vorarbeiten liegt dem 10. Internationalen Genossenschaftskongress in Basel ein umfangreiches Arbeitsprogramm vor. Das Wichtigste sei hier Erwähnung getan: 1. Bericht über die Tätigkeit des A. G. B. seit dem Glasgower Kongress (1913 bis 1921); 2. Revision der Satzungen des A. G. B.; 3. die Revision der Glasgower Friedensresolution und die Prinzipien internationalen Rechts im Sinne des Genossenschaftswesens; 4. die internationale Genossenschaftspolitik, wie von interalliierten und neutralen Konferenzen in Paris entworfen; 5. die zwischen dem A. G. B. und einer internationalen Großhandelsorganisation herzustellenden Beziehungen (Ref. G. Kaufmann-Hamburg); 6. die Beziehungen zwischen Genossenschaften und Gewerkschaften. Das weitere erfolgt Stellungnahme zum „Internationalen Arbeitsrat“ und dem „Weltverbund“.

Eine Fülle von Aufbaumaterialien hat der 10. Internationale Genossenschaftskongress zu leisten. Es kommt vor allen Dingen darauf an, daß der A. G. B. sich als Verband der Verbände betradet, als Zentralleitung im Namen aller Genossenschaftler der verschiedenen Länder sprechen kann und ermächtigt wird, durch die berufenen Vertreter der einzelnen Länder in seinen Körperschaften Gesetze zu erlassen und Verträge von allgemeiner bindender Kraft abzuschließen. Der A. G. B. wird ein internationales wirtschaftspolitisches Pro-

gramm aufstellen, das die Genossenschaften der ganzen Welt vereinigt, das erstrebte Gemeinwohl fördert, und auf das politische und soziale Leben in allen Ländern nicht ohne Erfolg bleiben wird. In diesem Geiste wird der 10. Internationale Genossenschaftskongress in Basel seine Arbeiten aufnehmen und zu Ende führen, getragen von dem Bewußtsein seiner Zweckbestimmung: „in voller Selbstständigkeit und Kraft eigener Mittel das bestehende Regime der auf dem Konkurrenzkampf begründeten Privatwirtschaft durch eine genossenschaftliche, die Interessen der Allgemeinheit wahrnehmende, auf Gegenseitigkeit und Selbsthilfe beruhende Organisation zu ersetzen.“

Wir werden über die Verhandlungen dieser Tagung nach deren Schluß zusammenfassend berichten.

Aus aller Welt.

Einen seltenen Fang hat der Westländer Fischdampfer „Korland“ zu verzeichnen. Der Dampfer brachte 18 Thunfische (Korromakrelen) an den Markt, die circa 1 1/2 bis 2 Meter lang waren und ein Gewicht von durchschnittlich 2 bis 3 Zentner hatten. Die Fische, welche sonst nur im Mittelmeer vorkommen, haben sich wahrscheinlich nach der Nordsee verirrt. Sie verfolgten den Dampfer, als sie mit einer provisorisch hergestellten Garpune aufgespießt und an Deck gezogen wurden. Das Fleisch schmeckt in rohem Zustande dem Schenfisch und soll gebraten auch denselben Geschmack haben. Die Fische erzielten in der Auktion einen Gesamtserlös von 7000 Mk.

Ein größlicher Raub- und Zerstörer wurde an einem 17-jährigen Mädchen in Gurikhofen bei Augsburg begangen. Die Lehrerstochter Kappelmeier wurde von dem Gastwirt Angerer in sein Haus gelockt und mit einer Schaufel betäubt, in den Keller geschleppt, dort mißbraucht und nach harten Gegenkämpfen durch Abschneiden des Halses getötet und ihrer Wertsache sowie eines Wades beraubt. Der Mörder konnte verhaftet werden und ist gefänglich.

Absturz eines Passagierflugzeuges. Am Freitagabend kam das Flugzeug der Nummernverleiher, welches den Passagierverkehr Berlin-Weipzig-München besorgt, während des starken Gewitters in einen Wirbelsturm. Der Führer wollte in der Richtung auf Freising bei Erde gehen. Bei diesem Versuch klappte das Flugzeug bei Erdhöhe auf 50 Meter Höhe ab und wurde vollständig zerstört. Hingeworfene Personen zogen unter der Trümmer den Flugzeugführer Emmerich sowie die beiden Reisenden, den Fabrikanten Konrad Bohn und dessen Ehefrau aus Weipziger-Ronneburg, die sich auf einer Erholungsreise nach Bayern befanden, tot hervor.

Ostseebad Heubude

Großes Badefest

Mittwoch, den 17. Juli:
Parkkonzert: Gesangseinlagen
Humor, Vorträge: Tanzvorführung.

Donnerstag, den 18. Juli:
Wasserblumenkorso nach ital. Art,
Bengal. Beleuchtung d. Heidees,
Raketen u. Bombenbeschließung,
Fackelpolonäse,
Réunion im grossen Saal.

4851) E. Ptach.

Robert Ehmann
Altstädter Graben 3
neben der Tabakfabrik von M. A. Hasse.

Prima Kammgarn-Wolle 4
Page 50 Gramm . . . 8.50, 5.50, 4.4

Stieler Anaben-Anzüge
Reine Wolle mit Zwirnketten. 90.4
Eigenes Fabrikat in 10 Größen von 46/48 an

Stroh-Panama-
Velour-
Filtz-
Hüte
für Damen und Herren
werden in unserer hiesigen Fabrik nach neuesten
Formen bei sorgfältigster Ausföhrung in
kürzester Zeit
umgepreßt,
gewaschen und gefärbt.

Stroh- und Filzhut-Fabrik
Hut-Bazar zum Strauß

Annahmestelle
nur Lawendelgasse Nr. 6-7.
(gegenüber der Markthalle). 4388

Empfehle wieder meinen
echt selbstgekachelten
Schnupftabak

Wilh. Sternberg, Tischlergasse 37
Kein Laden Kein Laden
Wiederverkäufer Rabatt. 14681

Die Arbeitsschule
als Aufbauzelle der klassenlosen menschlichen Gesellschaft von Heinrich Bogeler.
Preis 2.50 Mark.

Sommersprossen verschwinden!!
Auf welche einfache Weise teilt Leidensgenossen unentgeltlich mit Frau Elisabeth Frucht, Hannover P. 493 — Schließfach 238. 14396

Keine Wanze mehr. Kammerjäger Berg's Radikalmittel
„Noodaal“ Restlose Brutvernichtung.
Erfolg verlässlich. Kinderl. anzw. Dankeschreib. von überall.
Doppelpack. 1. 7. Verkauf: 14081

A. Neumann, Drogerie, Langenmarkt 3
J. Schlicht, Franziskanerdrogerie, Kottbuhagergasse 3
sonst portofrei bei Nicodanwerk, Berlin 32, Königsplatzstr. 49.

Danzig — Einlage — Schöneberg.
Sonntags-Verkehr.

Beginnend mit Sonntag, den 14. August 1921 wird auf der Strecke Danzig — Einlage — Schöneberg an Sonntagen ein Tagesdampfer wie folgt verkehren:
Abf. Danzig-Grünes Tor: 6 Uhr vorm.,
Abf. Schöneberg: 4 Uhr nachm.

Der Dampfer läuft auf dem Hin- und Rückwege über Stationen Heubude, Plehnendorf, Bohnisch und von Bohnisch sämtliche Zwischenstationen, insbesondere die Hauptstationen Einlage, Schönbaum, Heubude und Adlersmark an. 14074

„Weichsel“ A.-G., Fernsprecher 3148.

Buchhandlung Volkswacht!
Am Spandhaus 6 und Paradiesgasse 32.

Der neueste Schlagert!

RAMSES

Hellas, Danzig

Volkspflege,
Gewerkschaftlich-Genossenschaftliche Versicherungs-Aktiengesellschaft
— Sterbekasse. —
Kein Polzeerverfall.
Günstige Tarife für Erwachsene und Kinder.
Zuschuss in den Bureaus der Arbeiterorganisationen und von der
Schönungstraße 16 Danzig
Bruno Schmidt,
Mattenbuden 35.

Tüchtige, vollkommen selbständige
Korsettmäherin
für unsere Arbeitsstube zu sofort gesucht.
Walter & Fleck.

Bahn-Kranke

werden sofort schonend behandelt ohne lange Wartezeit. Neue Gebisse, Umarbeitungen, Reparaturen in einigen Fällen an einem Tage.
Spezialität: Gebisse ohne Platte, Goldbrücken, Kronen usw. in la Gold unter voller Garantie.

Dankschreiben über schmerzloses Zahnziehen. Niedrige Kostenberechnung.

Sprechzeit 8-7, Sonntags 9-12.
Institut für Zahnleidende
Pfefferstadt 71
Telephon 2621. 14344

Gummibälle

von 95 Pfg. an

Großer Räumungs-Verkauf!
Wiederverkäufer erhalten Fabrikpreise!

Gebr. Steinhoff
Junkergasse 5. 4442

Es empfiehlt sich, in den Morgenstunden zu kaufen da abends der Andrang zu groß ist!

Einleg.-Anzug
zu verkaufen.
Kittberggasse 30b, 2 Tr.

Musikunterricht
Danzig, Ros. Markt 21, 2. Mittelstr., Ostb., Rosen-gasse 11, pt. Beginn September, Klavier, Gesang, Geige, nach altd. währer geübt. Meth. rasch vor-schreit. Spielern 2. Auf-schichtung anreg. Blattspiel. Sprechz. Donnerst. 4-6. 14377
v. Salowski.

Für unsere Abteilungen
Gardinen Teppiche
Möbelstoffe und Herrenkonfektion
suchen wir
flotte Verkäufer.
Ertmann & Perlewitz

Tüchtige Kürschner
für unsere Werkstätte im Hause per sofort gesucht
Walter & Fleck

Für Händler!
Prima holländische Tomaten
in Kisten von 10 und 25 Pfund preiswert abzugeben.
Mix & Lück.
Telephon 3220, 3221, 3222.

Suche 1 Gehilfen
für meine Defektion.
5431 Valentin Drossel.

Strümpfe
werden zum anstricken angenommen. Koblella, Langjahr, Labesweg 1, 1.

Lehrmädchen,
14 bis 16 Jahre alt, zur Erlernung der
Bernsteinschleiferei
können sich gegen wöchentliche Vergütung bei vierteljährlicher Lehrzeit melden.
Julius Wothaler, Borst. Graben 41.